



Maximilian Gaul:

### Oberer Markt gewinnt durch Altortsanierung

Dank der Städtebauförderung zeigt sich Roßtal jetzt in neuem Gewand. Der Bürgermeister gab den Verkehr in der Schulstraße wieder frei.

Seite 6



Reinhard Leutner:

### Verleihung des Baupreises „Goldener Ammonit“

Lichtenfels' Landrat überreichte zusammen mit Sparkassendirektor Roland Vogel die Auszeichnungen an zehn engagierte Bauherren.

Seite 5



Erwin Huber:

### Verwaltung 21 prägt Behördentätigkeit

Der Staatskanzleichef informierte über das Konzept und den zeitlichen Rahmen des Projekts. Ziel ist es, die Spitzenstellung auszubauen.

Seite 2

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 29. Januar 2004

55. Jahrgang / Nummer 3

Der Landtag entscheidet über das Sparprogramm:

## Faltlhauser legt den Nachtragshaushalt 2004 vor

CSU: Notwendiger guter Weg in die Zukunft  
Opposition befürchtet mehr Schaden als Nutzen

Mit der Einbringung des Nachtragsetats 2004 im Bayerischen Landtag durch Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser hat der Endspurt um das Sparprogramm der Staatsregierung begonnen. Es sieht Ausgabenkürzungen von 2,441 Milliarden Euro vor, um das voraus berechnete Defizit infolge schwacher Konjunktur und sinkender Steuereinnahmen auszugleichen. Dafür muss jedoch auch die auf 229,4 Millionen Euro vorgesehene Neuverschuldung um 121 Millionen Euro erhöht werden. Zusätzlich muss der Freistaat einen vorzeitig zu tilgenden Sonderkredit von 400 Millionen Euro aufnehmen um die vorgezogene Steuerreform zu bezahlen. Die CSU-Fraktion spricht von einem notwendigen und guten Weg in die Zukunft, die Opposition von einem überhastet gezimmerten Konzept, das mehr Schaden anrichten als Nutzen bringen werde.

Die Fraktionsklausuren der CSU in Wildbad Kreuth, der SPD in Kloster Irsee und der

Grünen in Bayreuth waren vom Sparkonzept beherrscht. Insbesondere die Regierungsfraktion tagte unter dem Eindruck der seit der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Edmund

Stoiber eskalierten Proteste aus allen Schichten der Gesellschaft und ihrer Organisationen, von Professoren und Lehrern, Eltern,

Die CSU hat das Konzept nach vielstündiger Diskussion einstimmig gebilligt, aber das (Fortsetzung auf Seite 4)



Finanzminister Kurt Faltlhauser, Ministerpräsident Edmund Stoiber, CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Manfred Ach, bei der Vorstellung der Sparbeschlüsse in Wildbad Kreuth.

Schülern und Studenten, Verwaltungsbeamten und Polizisten, Sozialverbänden und Gewerkschaften. Auch aus den Kommunen wurden Bedenken laut. Einzig der Bund der Steuerzahler befand, nur wenn es gelinge, die auf den Weg gebrachten Maßnahmen durchzusetzen, habe Bayern eine gute Zukunft.

Sparquote nicht ganz erfüllt

Bayerischer Gemeindegag:

## Für eine Steuerreform mit Gemeindefinanzreform

Brandl: Nicht nur die Bürger, auch die Gemeinden entlasten / Einkommensteuerausfälle für die Gemeinden nicht zu verkraften

Eine umfassende Steuerreform, wie sie derzeit von sämtlichen Parteien diskutiert wird, liegt auch im Interesse der Gemeinden und Städte. Dies machte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, in München deutlich: „Eine Vereinfachung unseres kaum mehr zu durchschauenden Steuerrechts ist sinnvoll und notwendig. Der Steuerdschungel, der auf allen Ebenen in großem Umfang Verwaltungskraft bindet und dem Missbrauch Tür und Tor öffnet, muss endlich gelichtet werden. Dies schafft Gerechtigkeit und Transparenz.“

Steuersenkungen ohne Streichung von Subventionen sind jedoch nicht finanzierbar, erklärte Brandl: „Immer bessere Leistungen der Kommunen bei immer geringeren Steuereinnahmen - diese Rechnung geht nicht auf. Bürgerinnen und Bürger wissen, dass ihnen ein paar Euro mehr in der Tasche nichts nützen, wenn gleichzeitig wegen der kommunalen Finanznot Schulen verrotten, Schwimmbäder schließen und Grünanlagen mangels Pflege verwahrlosen.“

Brandl monierte, dass in der Diskussion um eine Steuerreform der aus kommunaler Sicht wichtigste Baustein - die Gemeindefinanzreform - konsequent ausgeblendet wird: „Diese Aufgabe liegt weiterhin unerledigt vor uns. Deswegen muss jede Steuerreform auch die Gewerbesteuer gleichberechtigt mit einbeziehen.“

Eine klare Absage erteilte Brandl Überlegungen der Bayerischen Staatsregierung, die Gewerbesteuer samt Hebesatzrecht der Kommunen abzuschaffen. „Dies rührt an den Grundfesten der kommunalen Selbstverwaltung und würde die Gemeinden zu Kostgängern des Staates machen.“

Die Gemeinden und Städte sind - wie bereits im vergangenen Jahr - gesprächsbereit, was eine Steuerreform zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger angehe. „Aber es kann nicht sein, dass sich die Parteien einigen zu Lasten der Kommunen. Wir wollen als die Ebene, die den Bürgern am nächsten und unmittelbar verantwortlich ist, gleichberechtigt an der Diskussion teilnehmen“, forderte Brandl.

## Zivildienst ist unersetzbar

Führende Politiker machen sich gegen eine Abschaffung des Zivildienstes stark. Landtagspräsident Alois Glück warnte vor einem sozialen Kahlschlag: „Für die absehbare Zeit können die Zivildienstleistenden nicht ersetzt werden“. Ein obligatorisches Sozialjahr als Alternative zu Wehrpflicht und Zivildienst hätte nach seiner Ansicht durchaus Vorteile. Aus rechtlichen Gründen sei eine solche Lösung aber nicht möglich.

Sozialministerin Christa Stewens warnte vor „fatalen Folgen“ für Behinderte und Kranke. „Sollten keine Zivildienstleistenden mehr zur Verfügung stehen, würden die Hilfsbedürftigen einen Partner verlieren, der mehr Menschlichkeit in ihren Alltag bringt“, sagte Stewens der „Financial Times.“

Mehrkosten werden vermieden:

## Preisgekrönter Barrierefreier Wohnungsbau

Erfolgreicher Landeswettbewerb 2003 von Innenminister Dr. Beckstein gewürdigt/Ausstellung und Fachtagung

Dillingen (jdt). Auf Wanderschaft durch Bayern sind die herausragenden Ergebnisse des Landeswettbewerbs für den Wohnungsbau 2003 „Barrierefreier Wohnungsbau mit hoher Qualität“. Durchgeführt wurde der Wettbewerb von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Architektenkammer und dem Verband bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW Bayern). Eingereicht wurden 59 Beiträge. Insgesamt standen 30.000 Euro als Preissumme zur Verfügung.

Die Jury entschied sich für zwei in die „Engere Wahl“. Zwölf Beiträge wurden zur Veröffentlichung vorgeschlagen. In Schwaben wurde die mit aufschlussreichem Informations-

material und Schautafeln ausgestattete Wanderschau über beispielhaften barrierefreien Wohnungsbau zuerst in Dillingen am 20. Januar präsentiert.

Fachtagung in Dillingen

Die Regierung von Schwaben lud in diesem Zusammenhang zu einer Fachtagung „Barrierefreies Bauen“ ein. Die Tagung und Ausstellungseröffnung fand in der Stadtgalerie in der Ludwigskaserne statt, die zu den



Starkes Interesse fand die Eröffnung der Ausstellung „Barrierefreies Bauen“ in der Stadtgalerie Dillingen (von rechts): Baurat Albert Dischinger (Oberste Baubehörde), Engelbert Steine, Baudirektor Wilhelm Hofmann (Regierung von Schwaben), Detlef Manz (Geschäftsführer der Baugenossenschaft Neu-Ulm), Gebhard Andreas (Geschäftsführer Sozial-Wirtschafts-Werk, Landkreis Oberallgäu), Architekt Gotthard Reimann (Leiter der technischen Abteilung beim SWW des Landkreises Oberallgäu), Dieter Heiler, Regierungsbaumeister in Kempten, Bürgermeister Anton Stehle.

prämierten Objekten gehört. Tags darauf wurde die Ausstellung in das Dillinger Rathaus verlegt. Vorgestellt wurde bei der Fachtagung auch die von der Obersten Baubehörde herausgegebene Dokumentation über den Landeswettbewerb „Wohnen in Bayern - Barrierefreier Wohnungsbau mit hoher Qualität“.

In seinem Grußwort zu den Dokumentation betont Staatsminister Dr. Günther Beckstein, die tiefgreifenden demographischen Veränderungen in unserer Gesellschaft verlangten neue sozial- und wohnungspolitische Ansätze: „Menschen mit Behinderungen in ein gemeinsames Wohn- und Lebensumfeld zu integrieren, wird immer wichtiger. Der stetig steigenden Lebenserwartung ist rechtzeitig Rechnung zu tragen“. Diese Fakten hätten, so Beckstein, in (Fortsetzung auf Seite 4)



Paßt ein städtischer Empfang noch in die Landschaft, wenn alles kürzt und streicht und spart? Der Bürgermeister meint: Ja! Schließlich steht in einem Kalenderblatt geschrieben: „Viele Missverständnisse entstehen dadurch, dass ein Dank nicht ausgesprochen, sondern nur empfunden wird.“ Seite 11

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Straßburger Europa-Parlament gegen Liberalisierung des Wassermarktes	2
Ländliche Entwicklung in Bayern	3
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Hände weg von den kommunalen Planungsverbänden!	3
Fachtagung: Freiräume und Plätze	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfinanzen	4/5
Kommunaler Bau	6/7
Wasserversorgung - Kommunalfahrzeuge	8 - 10
Aus den bayerischen Kommunen	11/12

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

**Bayerische Gemeindezeitung**

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

# Straßburger Europa-Parlament gegen Liberalisierung des Wassermarktes

Entschießung aber nur ein Zwischenerfolg / Deutsche Kommunen einhellig gegen Brüsseler Pläne

In Straßburg ist Mitte Januar eine wichtige Entscheidung über die Wasserver- und -entsorgung in den EU-Staaten gefasst worden. In der heftigen Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern über die Liberalisierung der Dienstleistungen der sogenannten öffentlichen Daseinsvorsorge, bei der es zum Beispiel um die Wasserversorgung, um Krankenhäuser, Sport- und Freizeitanlagen geht, hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit einen Kompromiss verabschiedet, der den Fortbestand einer weitgehenden Zuständigkeit von Kommunen und Mitgliedsstaaten vorsieht.

Diese Entscheidung hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DSStGB) ausdrücklich begrüßt. Das Parlament habe damit gezeigt, dass es die Leistungen der Städte und Gemeinden für ihre Bürger zu schätzen wisse, stellte Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Verbandes, fest. Allerdings ist mit dieser Entscheidung noch keine endgültige Entscheidung in der „Wasserfrage“ gefallen.

## Kommission für Privatisierung

Vor allem die EU-Kommission tritt dafür ein, nach der Te-

werb kaum mithalten könnten.

## Regeln des Wettbewerbs

Die EU-Kommission hat ihre Vorstellungen im Mai 2003 in einem sogenannten Grünbuch niedergelegt. Darin wird die Wasserversorgung als Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse eingestuft und damit den Regeln des Wettbewerbs unterworfen. Außerdem spielt die Liberalisierung der Dienstleistungen der Daseinsvorsorge im EU-Verfassungsentwurf eine Rolle. Allerdings ist die Verabschiedung dieses Verfassungsentwurfs vor wenigen Wochen am

zu öffnen. Besonders französische Konzerne sind auf diesem Gebiet sehr aktiv. In Deutschland gibt es etwa 7000 Versorgungsbetriebe, davon allein 2000 in Bayern. Das Umsatzvolumen auf dem europäischen Wassermarkt wird auf rund 80 Mrd. Euro im Jahr geschätzt.

Kritiker der Brüsseler Absichten weisen darauf hin, dass es nur am Anfang bei der Lizenzvergabe zu Wettbewerb komme, nicht aber danach bei der Jahrzehnte langen Versorgungstätigkeit. Wie abschreckende Beispiele in Südeuropa, vor allem auf der iberischen Halbinsel, zeigten, bildeten sich nach dem Vergabebeschlag sehr schnell monopolartige Strukturen mit entsprechend negativen Begleiterscheinungen. Die Wasserrechte aber müssten wegen der notwendigen langfristigen Investitionsunsicherheit mindestens auf 30 Jahre vergeben werden, stellt der Augsburger Professor Peter Michaelis fest. Die Liberalisierung gewährleiste keinen echten Wettbewerb, so Michaelis.

## Heiliges Gut

In Deutschland lehnen Kommunalpolitiker, Städte, Gemeinden und Zweckverbände einhellig die Brüsseler Pläne ab. „Wasser ist ein heiliges Gut und keine Handelsware“, so Friedrich Schell, Leiter der Tölzer Stadtwerke. Ähnlich drückt es der Mannheimer Oberbürgermeister Gerhard Widder, zugleich Präsident des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU), aus: „Wasser ist eine Lebensgrundlage und kein Wirtschaftsgut.“ Die Kommunen müssen seiner Meinung nach bei allen Aufgaben der Daseinsvorsorge das Entscheidungsrecht behalten, die Aufgaben mit eigenen Unternehmen zu bewältigen oder durch Ausschreibung an Wettbewerber zu vergeben. „Alle Tollereien in Brüssel zur Liberalisierung gehören in den Papierkorb“, wertet Widder.

Nach Ansicht des DSStGB sind Entscheidungen vor Ort immer bürgernäher als Festlegungen auf höherer Ebene. Deshalb begrüßt der Bund die Aufforderung des Straßburger Parlaments, in Anerkennung des Subsidiaritätsprinzips für die lokalen und regionalen Körperschaften ein

Recht auf Eigenproduktion der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse anzuerkennen. Und er begrüßt auch, dass das Parlament richtigerweise feststelle, dass private und öffentliche Unternehmen grundsätzlich gleich behandelt werden müssten.

## Recht der Kommunen

Daraus ergebe sich konsequenterweise ein Recht der Kommunen, Leistungen der Daseinsvorsorge ohne öffentliche Ausschreibungen selbst zu erbringen. Dieses Recht, so schränkt der Städte- und Gemeindebund aber ein, sei nur dann anzuerkennen, wenn das kommunale Unternehmen innerhalb der Grenzen des Gemeindegebiets tätig sei.

Die Gegner der Liberalisierung des Wassermarktes wollen als nächste Hürde die Wahlen zum Europaparlament aufbauen. Die deutschen Kandidaten müssten dann Farbe bekennen und noch vor der Wahl sagen, wie sie es mit dem Subsidiaritätsprinzip und der kommunalen Selbstverwaltung hielten. doh.

## Mittelstands-Union:

# MU für schnelle Umsetzung der Steuerreform

Eine schnelle Umsetzung der Steuerreform forderte der Vorsitzende der Mittelstands-Union (MU), Hans Michelbach, MdB, anlässlich des Neujahrsempfangs seines Verbands mit dem CSU-Landesgruppenchef Michael Glos, MdB. „Wir brauchen eine große Steuerreform mit radikaler Vereinfachung und Niedrigsteuersatzprinzip.“

Deshalb müsse es eine schnelle Einigung zwischen CDU und CSU geben. Es reiche aber nicht aus nur das Steuersystem zu ändern. Bürger und Betriebe müssten wieder mehr Netto vom Brutto haben. Hier sei sich die Union auch einig. Michelbach glaubt aber nicht, dass sich Rot-Grün hier auf die Union zubewegen werde. „Ob wir zum 1.1.2005 eine Steuerreform bekommen oder nicht, liegt einzig und allein an Rot-Grün. Wenn die Bundesregierung nicht mehr ihrer Regierungsaufgabe zur Gesetzesinitiative für eine große Steuerreform nachkommen will, soll sie ihren Wählerauftrag zurückgeben“, verlangte der Abgeordnete.

Der MU-Vorsitzende machte aber auch klar, dass darüber hinaus weitere Reformen notwendig seien. „Deutschland braucht eine neue Anreizkultur für Leistung und Eigenverantwortung“, so Michelbach. Die Wachstumsimpulse der Steuerreform kämen erst dann wirklich zur Geltung, wenn es auch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mit einer Lockerung der Tarifverträge und eine wirkliche Entbürokratisierung gebe. „Fünf Jahre Entbürokratisierungsankündigung der Bundesregierung haben im Saldo 1.300 Verordnungen mehr gebracht.“

Michelbach bekräftigte die Forderung der MU, die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden zu erhöhen. Deutschland habe im Vergleich zu den anderen Industriestaaten die geringste Arbeitszeit. Dies sei einer der Gründe für die hohen Lohnzusatzkosten, die deutsche Produkte im Wettbewerb verteuern. „Wenn nur eine Stunde mehr in der Woche gearbeitet würde, würde es ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,6 Prozent und ca. 60.000 neue Arbeitsplätze geben.“

## Fahrradunfälle im Winter:

### Gemeinden haften bei Schnee und Glätte

Die Fortbewegung mittels Drahtesel wird immer beliebter - auch im Winter. Das führt zu der bis vor kurzem bei den Gerichten umstrittenen Frage, ob Gemeinden im Rahmen des Winterdienstes verpflichtet sind, auch Fahrradwege zu räumen und zu streuen. Ja, sagt in letzter Instanz der Bundesgerichtshof (BGH) in einem Urteil (III ZR 8/03). Nicht nur Fußgänger, auch die Radfahrer müssen sich auf einen funktionierenden Räum- und Streudienst auf Geh- und Radwegen verlassen dürfen. Kommunen haben die Pflicht, vereiste Gehwege, Überführungen und gefährliche Fahrbahnstellen zu streuen. Tun sie dies nicht und kommt ein Fahrradfahrer zu Schaden, haftet die Gemeinde. mpa

lekommunikation sowie der Strom- und Gasversorgung auch die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung zu privatisieren. Sollte die Zuständigkeit der Gemeinden, die im Grundgesetz der Bundesrepublik und des Freistaates Bayern festgeschrieben und geregelt ist, tatsächlich aufgehoben werden, wären die Gemeinden gezwungen, ihre Wasserversorgung EU-weit auszuschieben und demjenigen zu übertragen, der das billigste Angebot macht. Fachleute gehen davon aus, dass viele kleine, aber qualitativ und sicherheitsmäßig durchaus leistungsfähige Versorgungsbetriebe bei einem solchen Ausschreibungswette-

Widerstand von Spanien und Polen gescheitert.

## Zusatzleistungen im Umweltschutz

Die EU-Kommission argumentiert vor allem damit, dass zum Beispiel in Deutschland der Wasserpreis zu hoch sei. Sie übersieht nach Ansicht von Fachleuten dabei aber, dass die Wasserversorger zur Sicherung der Wasserqualität erhebliche Zusatzleistungen im Umweltschutz erbringen. Beobachter vermuten denn auch als Triebfeder hinter den EU-Bemühungen, den Markt der Wasserversorgung für Großunternehmen

## Bayerns Staatskanzleichef Erwin Huber:

# Verwaltung 21 prägt Behördentätigkeit

## Informationen über das Konzept und den zeitlichen Rahmen des Projekts „Verwaltung 21“

„Die Bayerische Verwaltung hat in Deutschland einen erstklassigen Ruf“, erklärte Verwaltungsreformminister Erwin Huber vor der Presse in München. „Diese Spitzenstellung wollen wir nicht nur bewahren, sondern weiter ausbauen. Denn auch staatliche Strukturen und Verwaltungen stehen im weltweiten Wettbewerb. Sie müssen sich den ständig neuen Herausforderungen und Rahmenbedingungen anpassen.“

Mit dem Reformprojekt „Verwaltung 21“ will die Bayerische Staatsregierung die Voraussetzung dafür schaffen, dass die Verwaltung in Bayern noch effizienter, schneller und bürgerfreundlicher wird.

## Perspektivkonferenzen

Deshalb präsentierte er die Grundkonzeption des Projekts „Verwaltung 21“, den zeitlichen Rahmen, die in den nächsten Wochen in ganz Bayern stattfindenden Perspektivkonferenzen

und die Maßnahmen zur aktuellen Information von Mitarbeitern und Öffentlichkeit auf einer Pressekonferenz in München

Die wesentlichen Schwerpunkte des Projekts sind für Minister Huber der Abbau staatlicher Aufgaben, die Modernisierung der Verwaltungsstrukturen, eine Deregulierung und Vereinfachung von Vorschriften sowie der Einsatz von PC, Internet und e-mail für eine „Verwaltung online“.

Huber geht davon aus, dass das Projekt „Verwaltung 21“ die

bayerische Verwaltung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten prägen wird. „Gerade weil die Entscheidungen sehr langfristig wirken, wird die Staatsregierung die nächsten Wochen und Monate für eine intensive Diskussion mit Behördenleitern, Mitarbeitern und Verwaltungsfachleuten nutzen. Der Sachverstand der Beteiligten vor Ort ist für das Gelingen der Reform unverzichtbar. Deswegen werden wir die Entscheidungen gründlich und im Dialog mit den Betroffenen vorbereiten“, betonte der Minister. Vorgestellt wurde bei der Pressekonferenz auch der neue Internetauftritt „Verwaltung 21“, bei dem sich interessierte Bürger über alle aktuellen Entwicklungen der Verwaltungsreform informieren können.

## Verwaltungsreform beim Nachbarn

Im Rahmen einer umfassenden Verwaltungsreform in Baden-Württemberg wurde von Anfang an auch eine Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg-Hohenzollern sowie die Übertragung deren Aufgaben auf die Landkreise und kreisfreien Städte erwogen. Nach Auffassung der baden-württembergischen Landesregierung sollen die Landeswohlfahrtsverbände aufgelöst und ein Großteil ihrer Aufgaben, insbesondere die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, auf die Stadt- und Landkreise übertragen werden.

Daneben soll es künftig einen neuen überörtlichen Verband unter kommunaler Trägerschaft geben. Hierzu hat der baden-württembergische Sozialminister Dr. Repnik u.a. folgendes ausgeführt: „Es gibt Aufgaben, für die bundesrechtlich ein überörtlicher Träger vorgeschrieben ist. Darüber hinaus gibt es übergreifende planerische und beratende Aufgaben, bei denen es zweckmäßig und sinnvoll ist, dass sie nicht von jedem Stadt- und Landkreis ausgeführt werden. Deshalb muss es auch weiterhin eine überregionale Aufgabenbündelung geben.“ Der Gesetzentwurf zur Verwaltungsreform soll nach den jetzigen Planungen im Verlauf dieses Jahres im Baden-Württembergischen Landtag beraten werden. Die Organisationsreform soll mit Beginn des Jahres 2005 umgesetzt werden.

## Neues Baurecht in Bayern:

# Weitere Aufgabenverlagerung vom Freistaat auf die Kommunen

## Gemeindetag: Keine echte Vereinfachung des Baurechts, sondern allenfalls eine Aufgabenverlagerung

„Die Bayerische Staatsregierung schießt bei der Novellierung der Bayerischen Bauordnung weit über das Ziel hinaus“, sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags. „Die beabsichtigten weitreichenden Änderungen in der Bauordnung werden keine Vereinfachung des Baurechts, sondern allenfalls eine Aufgabenverlagerung zu Lasten der Gemeinden und Städte bewirken, für die sie aber keine zusätzlichen Finanzmittel erhalten.“ Brandl bat in einem Schreiben an die Oberste Baubehörde die geplanten Änderungen in der Bauordnung zu überdenken und auf allzu radikale Einschnitte in das bewährte System zu verzichten.

Die Bayerische Staatsregierung plant, die bereits 1994 und 1998 geänderte Bayerische Bauordnung erneut in wesentlichen Zügen zu ändern. Die bereits früher vereinfachten Baugenehmigungsverfahren sollen dem Entwurf zufolge auf weitere Anwendungsfälle ausgedehnt werden. Die Baugenehmigungsbehörden sollen künftig noch weniger prüfen, die Verantwortung für die Einhaltung der Bau-

achten. Die Satzungsbestimmungen müssen dann wiederum von den Genehmigungsbehörden beachtet und deren Vollzug im konkreten Bauvorhaben sichergestellt werden. Für den Bayerischen Gemeindetag ist klar, was die Staatsregierung will: Regelmäßig, deren präventive Überprüfung bislang staatliche Aufgabe war, ohne Gegenleistung in kommunale Verantwortung zu legen. Brandl: „Damit erweist sich die neue Bauordnung als Mogelpackung. Der Staat verkündet medienwirksam eine Vereinfachung des Baurechts, in Wirklichkeit zieht er sich Stück für Stück aus seiner Pflicht zur Baugenehmigung und Bauaufsicht zurück und überlässt die Verantwortung den Gemeinden und Städten. Das ist mit uns nicht zu machen.“

## Ortsbildverträglichkeit

Der Bayerische Gemeindetag zweifelt, dass hierdurch die Genehmigungsbehörden tatsächlich entlastet werden. Die Gemeinden werden über eigene Satzungen auf eine ortsbildverträgliche Gestaltung der Bauvorhaben

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Andreas Wattenbach  
91586 Lichtenau  
am 3.2.  
Bürgermeister Rudolf Lösch  
97355 Castell  
am 14.2.  
Bürgermeister Josef Rieß  
85302 Gerolsbach  
am 14.2.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Arno Sattler  
95689 Fuchsmühl  
am 6.2.  
Bürgermeister Hans Mitschke  
91341 Röttenbach  
am 10.2.  
Bürgermeister Werner Raab  
96170 Priesendorf  
am 14.2.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Landrat Theo Zellner  
93413 Cham  
am 1.2.  
Bürgermeister  
Karl Heinz Glock  
97904 Dorfprozelten  
am 3.2.

Bürgermeister Martin Hummer  
97258 Oberickelsheim  
am 3.2.

Landrat Alfred Reisinger  
94315 Straubing  
am 4.2.

Bürgermeister  
Franz Pestenhofer  
93189 Reichenbach  
am 10.2.

Bürgermeister  
Wolfgang Herrmann  
91757 Treuchtlingen  
am 11.2.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Otto Völk  
86420 Diedorf  
am 5.2.

Bürgermeister Bruno Schmidt  
91244 Reichenschwand  
am 8.2.

Bürgermeister  
Johann Pollinger  
93155 Hemau  
am 11.2.

### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Roder  
91541 Vorbach  
am 4.2.

Ländliche Entwicklung in Bayern:

## Bilanz und Ausblick

Einen detaillierten Überblick über die Ergebnisse ihrer Arbeit in den Jahren 2001/2002 gibt die Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung in ihrem nun vorliegenden Jahresbericht. Wie Verwaltungsleiter Max Geierhos in einer Einführung darstellt, soll der Überblick „doch deutlich machen, dass die Landentwicklung bestrebt ist, sich in ihren klassischen Kernaufgaben, zu denen mittlerweile neben Flurneueordnung und Dorferneuerung auch die regionale Landentwicklung zu zählen ist, von einem hohen Standard aus den jeweils neuen und aktuellen Herausforderungen zu stellen“.

Flurneueordnung und Dorferneuerung tragen wirkungsvoll dazu bei, der Landwirtschaft in einer Zeit schwieriger Umstrukturierungsprozesse zu helfen und den ländlichen Raum zukunftsfähig zu gestalten. Wegen der seit dem Jahr 2000 zur Verfügung stehenden EU-Mittel konsolidierte sich die finanzielle Situation, so dass die meisten Direktionen die Einleitung neuer Verfahren wieder forcieren können. Dies, so der Bericht, sei wichtig, da vor dem Hintergrund

sei ein nachhaltiges Landmanagement, d.h. die bestmögliche Zusammenfassung und Optimierung aller strategischen, planerischen, rechtlichen und finanziellen Werkzeuge beim Umgang mit bebautem und unbebautem Grund und Boden.

### Verstärkte Nachfrage

Zusammenfassend ist in den nächsten Jahren mit einer verstärkten Nachfrage nach Flurneueordnungen zu rechnen, in de-

Kundenwünsche und vor allem auch auf rechtliche Neuregelungen (z.B. zur Umweltverträglichkeitsprüfung, FFH-Gebiete, Ökoflächenkataster).

### Wissenschaftliche Begleitung

Im Hinblick auf Forschung und fachliche Weiterentwicklung gehörten zu den Arbeitsschwerpunkten der Verwaltung u.a. Untersuchungen und Pilotverfahren in Zusammenarbeit mit Hochschulen, Instituten, Planungsbüros und den Direktionen. Ein Beispiel hierfür ist das übergemeindliche Entwicklungskonzept für die Verwaltungsgemeinschaft Feilitzsch (vier Gemeinden) - ein Projekt, das zusammen mit der Direktion für Ländliche Entwicklung Bamberg vom BZA begleitet wird und auf eine Initiative des Landkreises Hof zurückgeht.

### Strukturwandel in der Landwirtschaft

Bedingt durch die Randlage im Dreiländereck zu Thüringen und Sachsen wirkt sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft besonders stark aus. Viele landwirtschaftliche Gebäude stehen bereits leer oder sind davon bedroht. Tendenzen zur Abwanderung der Bevölkerung sind erkennbar. Aus dieser Situation heraus und aufbauend auf den landschaftlichen und kulturgeschichtlichen Potenzialen der Region sowie den günstigen Verkehrsbedingungen erfolgt die Erarbeitung des Entwicklungskonzepts in zwei Phasen.

### Strukturanalyse

Im ersten Teil werden eine Strukturanalyse erstellt und die

### Fachtagung in Bad Abbach und Feuchtwangen:

## Freiräume und Plätze in ländlichen Gemeinden

Soziale, kulturelle und identifizierbare Dimensionen erhalten

„Planung, Entwicklung und Gestaltung von Freiräumen und Plätzen in ländlichen Gemeinden - Ausstattung, Entsigelung, Regenwassernutzung“ lautete der Titel einer Fachtagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Industrieverband Steine und Erden. Über das jeweils in Bad Abbach und Feuchtwangen veranstaltete Symposium liegt nunmehr eine Dokumentation vor, aus der hervorgeht: Gestaltung darf nie Selbstzweck sein, sondern muss soziale, kulturelle und identifizierende Dimensionen enthalten.

Prof. Dr. Gerhard Richter, Freisinger Landschaftsarchitekt, bezeichnete es eingangs als stetige planerische Herausforderung, den passenden, unverwechselbaren Charakter für die jeweilige auch barrierefreie Platzsituation in den Gemeinden zu finden.

### Zukunftsorientierte Entwicklungen

Unabhängig von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen könne es für Gemeinden hilfreich sein, ein Leitbild für zukunftsorientierte Entwicklungen aufzustellen. Darin sollten visionäre Entwicklungsziele enthalten sein, wie planerisches Konzept für die Platzfolgen vom Zentrum über das Wohngebiet bis zum Sportplatz und Vorplatz am Friedhof, regionaltypische Ausstattungen mit Gestaltungssatzung, Sozialfunktion, Entmischung der Verkehrsströme bis zur Flexibilität künftiger Nutzungen. Bei allem Bemühen müsse immer davon ausgegangen werden, so Richter, „dass

die geltenden bauordnungsrechtlichen Vorschriften sehen die Regionalplanung zwingend vor (vgl. § 9 Raumordnungsgesetz). Als Alternative zu der bisher kommunal betriebenen Regionalplanung sehe ich lediglich die Möglichkeit, diese von staatlichen Stellen durchführen zu lassen. Dies jedoch würde zu einer erheblichen - und mit Sicherheit nicht gewollten - Einschränkung der Mitgestaltungs-



### Hände weg von den kommunalen Planungsverbänden!

möglichkeiten der Kommunen und mittelbar zu einer Einschränkung der kommunalen Planungshoheit führen.

Durch die Vertretung sämtlicher Städte, Märkte, Gemeinden und Landkreise in den Planungsverbänden ist derzeit deren unmittelbare und vollständige Einbindung in den Planungs- und Entscheidungsprozess gewährleistet. Die Planungshoheit der Kommunen kann dadurch entsprechend wahrgenommen werden. Durch eine Verlagerung der Regionalplanung auf die staatliche Ebene würde sich voraussichtlich zwar an der Beteiligung der Kommunen nichts verändern; die derzeit bestehende Entscheidungskompetenz hingegen entfiel.

Darüber hinaus steht zu befürchten, dass die Akzeptanz der regionalplanerischen Ziele bei den Kommunen erheblich zurückgeht und ggf. der Widerstand hiergegen wächst. Die Ziele der Raumordnung sind von den Gemeinden i.d.R. ohne Abwägungsmöglichkeit zwingend zu be-

Entwicklungspotenziale erfasst. Im zweiten Teil werden im Rahmen eines Workshops die Entwicklungsziele erarbeitet sowie Möglichkeiten für deren Umsetzung und geeignete Organisationsstrukturen aufgezeigt. Diese Studie zeigt exempla-

risch für strukturschwache Räume, dass eine einzelne Gemeinde allein die Strukturprobleme nicht mehr bewältigen kann. Der Zusammenschluss auf der Basis eines gemeinsam entwickelten Gesamtkonzepts kann wichtige Synergieeffekte erzeugen. **DK**

achten (vgl. § 1 Abs. 4 Baugebieteordnung). Da die Kommunen derzeit selbst über die zu beachtenden regionalplanerischen Ziele entscheiden können, werden diese gut akzeptiert. Zudem setzt die Entscheidung im Planungsverband eine Abstimmung und Koordination, aber auch die Kompromissbereitschaft der Verbandsmitglieder voraus.

Der Ausgleich zwischen divergierenden fachlichen Belangen einerseits und den kommunalen Interessen andererseits, ggf. auch zwischen den unterschiedlichen Ausgangspositionen innerhalb der Region, müssen gefunden werden. Hier zeigt sich deutlich das Maß der im bayerischen Modell enthaltenen Verantwortung, die den Gebietskörperschaften übertragen ist.

Die Regionalplanung in kommunaler Hand hat sich in den zurückliegenden drei Jahrzehnten ihres Bestehens bestens bewährt, wie die derzeitigen Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern zeigen. Die Alternative, eine vom Staat getragene Regionalplanung, würde die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen wesentlich einschränken und die kommunale Eigenverantwortung für die räumliche Entwicklung schwächen. Der Bestand der regionalen Planungsverbände sollte deshalb nicht angetastet werden.

*Die Regionalplanung in kommunaler Hand hat sich in den zurückliegenden drei Jahrzehnten ihres Bestehens bestens bewährt, wie die derzeitigen Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern zeigen.*

**Anzeigen in der GZ**

Ihre Ansprechpartnerin:  
**Viktoria Bertele**

**Telefon: 08171/9307-11**

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

des Strukturwandels in der Landwirtschaft der Druck auf die Einleitung neuer Projekte wieder deutlich zugenommen habe. Gerade in Gebiete, in denen bereits vor Jahrzehnten Flurneueordnungen durchgeführt worden seien, sei eine verstärkte Antragstellung zu verzeichnen.

### Eigentumsfreundliche Lösungen

Weitere Gründe für eine verstärkte Nachfrage nach Flurneueordnungen lägen in dem Wunsch nach eigentumsfreundlichen Lösungen von Landnutzungskonflikten (z.B. zur Umsetzung von gemeindlichen Landschaftsplänen oder von Maßnahmen des vorbeugenden Hochwasserschutzes). So bewirkten die sehr schadensträchtigen Hochwasser in jüngster Vergangenheit bei den betroffenen Bürgern Verantwortungsträgern ein verschärftes Problembewusstsein für deren Ursachen. Dies führe u.a. dazu, dass die Möglichkeiten der Instrumente der Ländlichen Entwicklung zur Umsetzung von Maßnahmen insbesondere des vorbeugenden Hochwasserschutzes derzeit verstärkt erkannt werden.

### Nachhaltiges Landmanagement

Aber die zunehmenden Landnutzungskonflikte zeigten auch, dass Grund und Boden nicht vermehrbar sind. Sie treten bei zunehmenden und miteinander konkurrierenden Nutzungsansprüchen verstärkt als Engpassfaktor für die Entwicklung des Landes in den Vordergrund, zumal der Flächenverbrauch inzwischen zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem geworden ist. Aus der früher vorwiegend agrarstrukturellen Bodenordnung sei deshalb ein umfassendes Boden- und Flächenmanagement zur Förderung der Landentwicklung entstanden. Dieser Trend werde sich fortsetzen. Ziel

nen entweder begrenzte Aufgabenstellungen möglichst schnell oder immer komplexere Landnutzungskonflikte verträglich und ressourcensparend zu lösen sind. Die Bewältigung der aktuellen und künftigen Herausforderungen im ländlichen Raum mit dem Ziel, die Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern, erfordert zunehmend den Einsatz eines nachhaltigen und möglichst umfassenden Landmanagements. Dies wird zu einer wichtigen Zukunftsaufgabe der Verwaltung für Ländliche Entwicklung werden.

### Breite Aufgabenpalette

Was die Landespflege angeht, so hat sich in den vergangenen Jahren die Aufgabenpalette verbreitert. Es kamen neue Aufgaben hinzu, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Landmanagements. Dazu gehören Verfahren zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen, die Bereitstellung und Entwicklung der erforderlichen Flächen und Anlagen für einen künftigen landesweiten Biotopverbund, die Bereitstellung von Retentionsflächen für den vorbeugenden Hochwasserschutz, die Unterstützung der Gemeinden beim Aufbau von Ökokonten sowie bei der Umsetzung kommunaler Landschaftspläne, die Entwicklung und Umsetzung von differenzierten Landnutzungskonzepten mit einer standortbezogenen, abgestuften Intensität der Landbewirtschaftung, die Sicherung und Erhaltung historisch wertvoller Kulturlandschaften sowie die umfassende Freiraumgestaltung mit Bezug zur Dorfökologie und Umwelttechnik in den Dörfern.

### Dienstleister im ländlichen Raum

Als Dienstleister im ländlichen Raum reagierte die Verwaltung für Ländliche Entwicklung damit auf die sich ändernden

desanalt auf einem im Maßstab 1:10 verkleinertem Einfamilienhausgrundstück von rund 500 m<sup>2</sup> mit entsprechender Einfamilienhausbebauung und Erschießung Versickerung vor Ort ohne Kanalananschluss. Nach mehr als fünfjähriger Erprobung beeindruckte die Leistungsfähigkeit des multifunktionalen Verbundsystems. So konnten bei Dauerberegnungen mit Intensitäten von 450 Litern innerhalb von zwölf Tagen nahezu 350 mm Niederschlag aufgebracht werden, ohne dass ein Überlauf in den Kanal erzeugt wurde. Mittels funktionsgerecht geplanter und gebauter Grünflächen sei es somit möglich, ein alternatives Entwässerungsangebot für bebauete Grundstücke mit mehr als 50 Prozent Überbauungs- und Befestigungsanteil zu entwickeln.

Zunehmender Nutzungswandel naturnaher Flächen im städtischen Umland trägt zu immer mehr Bodenversiegelung bei. Die negativen Auswirkungen der Bodenversiegelung auf den Boden, den Wasserhaushalt und die natürliche Lebensumwelt werden nach Ansicht von Volker Budzinski, Diplom-Ingenieur aus Bayreuth, durch eine kanalisierte Regenwasserableitung noch verstärkt.

### Handlungsempfehlungen

Seine anhand des Baugebietes Dürrwiesen-Altenplos dargestellten Handlungsempfehlungen für eine naturnahe Regenwasserbewirtschaftung stellen eine ökologisch verträgliche Form der Regenentwässerung in Neubaugebieten dar, die technisch und gestalterisch eine breite Palette von Möglichkeiten umfasst. Durch die Verknüpfung der Elemente dezentrale Versickerung mit Speicherung, eine gedrosselte und verzögerte Ableitung sowie eine zusätzliche Regenwassernutzung auf privaten Grundstücken lassen sich Budzinski zufolge Regenwasser- und Mischkanäle auch bei schlechter Wasserdurchlässigkeit des anstehenden Bodens weitgehend vermeiden. **DK**

# Faltlhauser legt den ...

(Fortsetzung von Seite 1) Sparvolumen von etwas über 2,5 Milliarden Euro auf die genannten 2,441 Milliarden zusammengestrichen, so dass die Sparquote von zehn Prozent, unterschiedlich auf die einzelnen Ressorts verteilt, nicht ganz erfüllt werden dürfte. Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann, für den Kreuth die erste große Bewährungsprobe war, sprach von einem „großartigen Zeichen der Geschlossenheit“. Der Ministerpräsident - von den Protesten draußen und in der Fraktion zugegebenermaßen nicht unbeeindruckt - empfand „große Bewegung und tiefe Befriedigung“. Es sei ein „riesiger Kraftakt“, aber in einem Jahr wird man sehen, Bayern hat den richtigen Weg eingeschlagen“.

## Umkämpfte Kürzungen bei der Bildung

Am heißesten umkämpft waren die Kürzungen bei den Bildungsausgaben. Kultusministerin Monika Hohlmeier sollte 188 Millionen opfern, nun sind es „nur“ noch 125 Millionen. „Gerettet“, wie es die Bildungspolitiker der CSU sagten, sind demnach die Zuschüsse für Privatschulen, für Übungsleiter beim Sport und die Mittel für die Schülerbeförderung, was in den Kommunen mit Erleichterungen aufgenommen wurde. Ob die Schulbuchfreiheit eingeschränkt wird - von Abschaffung war nicht die Rede - blieb in Kreuth offen. In harten Auseinandersetzungen steht die Ministerin obendrein wegen der Einführung des auf acht Jahre verkürzten Gymnasiums (G8).

## Gebühren für Langzeitstudenten

Auch der neue Wissenschaftsminister Thomas Goppel hat einen eher besseren Einstand als nach den Protesten gerade aus den Hochschulen zu befürchten war. Die Sach- und Personalkürzungen werden von 176 auf 171,67 Millionen gemildert und gestreckt; von der Abschaffung unterbelegter Fakultäten, insbesondere in der Theologie (ohnehin nur durch Änderung der Kirchenverträge möglich), ist nicht mehr die Rede. Die Haltung der CSU-Fraktion charakterisierte der neue Hochschulsprecher Dr. Ludwig Spaenle salopp, mit den von der Fraktion gebilligten Einschnitten sei „das Ende der Fahnenstange erreicht“. Der spätere Kabinettsbeschluss, Gebühren für Langzeitstudenten einzuführen, bringt dem Minister indessen neuen Ärger.

## Landeserziehungsgeld bleibt

Sozialministerin Christa Stevens muss zum Beispiel 161 statt 171 Millionen Euro hergeben, u. a. bei der Betreuung von Asylbewerbern und der Schuldnerberatung. Das Blindengeld wird um 15 statt um 30 Prozent gekürzt. Das Landeserziehungsgeld bleibt erhalten. Umweltminister Dr. Werner Schnappauf gibt 114 statt 128 Millionen ab. Das trifft insbesondere die Förderung von Trink- und Abwasserprojekten sowie den Bau von Hochwasserschutzanlagen. Beim Vertragsnaturschutz erreichten er und die CSU-Umweltpolitiker zu einschneidende Kürzungen beim Vertragsnaturschutz. Keine Abmilderungen gab es bei der Obersten Baubehörde. Sie muss mit 173 Millionen Euro weniger auskommen, was bedeutet, dass viele Projekte aufgeschoben werden müssen.

Auf die Kommunen kommen über verschiedene Ministerien Mehrbelastungen durch Abstri-

che an den Staatsmitteln zu. Mit der vorgesehenen Eingliederung der 128 Forstämter in die 47 Landwirtschaftsämter etwa werden die Stellen für rund 450 staatliche Privatwaldbetreuer umgesetzt bzw. gestrichen.

## Zusatzkosten für Kommunen

Da aber die meisten Gemeinden mit eigenem Waldbesitz sich ihre Forsten bisher vom staatlichen Förster betreuen ließen, kommen auf die Kommunen zusätzliche Kosten zu. Die Betreuung durch eine Staatsforst-

GmbH (an einen Verkauf der 77.000 ha Staatsforst ist nicht gedacht) oder eine Privatgesellschaft werden Waldgemeinden künftig mehr als die 250-Euro-Pauschale pro 100 ha Wald im Jahr aufwenden müssen. Im Bildungsbereich werden Kürzungen bei der Schülerbeförderung oder bei den Staatszuschüssen für Sport-Übungsleiter auszugleichen sein.

## Kommunen können kein zusätzliches Geld ausgeben

Auch dies nur einige Einzelpunkte, die von den Betroffenen und der Landtagsopposition für die Verhandlungen im Haushaltsausschuss schon aufs Korn genommen wurden. Für die kommunalen Spitzenverbände gilt, was Städtetagsvorsitzender Josef Deimer im Zusammenhang mit einer - im Landtag nicht zur Debatte stehenden - Abschaffung der Gewerbesteuer gesagt hat: „Die große Mehrheit der bayerischen Städte und Gemeinden ist finanziell nicht mehr in der Lage, zusätzliches Geld auszugeben.“

## 15 Prozent Sparquote bei der Staatsbauverwaltung

Die Staatsbauverwaltung hat keine Abmilderung ihrer 15%

Sparquote bekommen. Innenminister Dr. Günther Beckstein erklärte, der Schwerpunkt werde bei den freiwilligen Leistungen liegen. Die Ausgaben für Ausbau, Unterhalt und Bestand der Staatsstraßen seien aber mit 8 Millionen Euro „vergleichsweise gering zurückgefahren worden“. Um den Bau neuer Straßen trotzdem zu stärken, soll eine „Public-Private-Partnership“ erprobt werden. Wirklich schmerzhaft sei der Wegfall von 40,5 Millionen Euro von den 186 Millionen für die Wohnraumförderung. Fertig werden müssen die Kommunen auch mit der Kürzung der Feuerwehrmittel um 1,5 Millionen Euro und der Umschichtung weiterer 2 Millionen auf spätere Jahre.

## Finanzausgleich: Lage schwieriger denn je

Zum kommunalen Finanzausgleich teilte der Finanzminister mit, „die Ausgangslage ist schwieriger denn je“. Von den erwarteten Steuerausfällen könne auch der Finanzausgleich nicht ausgenommen werden. Die Einsparungen werden demzufolge „weitestgehend bei der Investitionsförderung vorgenommen“, d. h. allgemeiner kommunaler Hochbau, Investitionszuschüsse, Krankenhausfinanzierung, Straßenbau, OPNV und Abwasserförderung. Andererseits stehe der Staat den Kommunen bei, die Nettoausfälle aus der Steuerreform zu verkraften.

## Gemeinsame Kraftanstrengung

Faltlhauser sprach von einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Staat und Kommunen. Zur Stabilisierung der Schlüsselzuweisungen auf dem Niveau 2003 mit 2,056 Millionen Euro würden 137,3 Millionen zusätzlich eingesetzt. Angehoben werden auch der Sozialhilfeausgleich auf 440 Millionen Euro, der Ansatz für Bedarfszuweisungen an notleidende Kommunen auf ca. 58 Millionen sowie die Finanzzuweisungen um 3,8 Millionen Euro. Bei der Schülerbeförderung wird die Erstattungsquote von 60% gehalten. Unter dem Strich sinkt das Gesamtvolumen des Finanzausgleichs von 5,659 auf 5,468 Milliarden Euro.

## Maget fürchtet weitere Verschuldung

SPD-Fraktionsvorsitzender

Franz Maget befürchtet, das CSU-Sparkonzept werde zur weiteren Verschuldung der Kommunen führen. In den geplanten Maßnahmen sieht er auch eine Verletzung des erst letzten Jahr in die Verfassung aufgenommenen Konnexitätsprinzips. Beide Oppositionsfraktionen haben für die Etatberatungen gezielte Alternativ-Anträge vorbereitet. Maget setzte sich sogar für eine Neuverschuldung des Freistaats um eine Milliarde Euro ein. Durch „unsinnige Sparorgien“ werde die gerade sacht anspringende Konjunktur kaputt gemacht. Vor allem im Bildungs- und Sozialbereich sowie bei der ehrenamtlichen Arbeit könnte Sparen am falschen Platz besonders teuer kommen. Dem Wort des Ministerpräsidenten, „Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen“ setzte der SPD-Fraktionschef entgegen: „Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen und übermorgen.“ Das Ziel eines Etats ohne neue Schulden müsse verschoben werden, „und sei es erst 2010“.

## Bankrotterklärung der SPD

Herrmann nannte den Vorschlag einer Neuverschuldung „die Bankrotterklärung der SPD“. Der Finanzminister: „Eine Forderung, die nur noch peinlich ist.“ Die Staatsregierung hält daran fest, ab 2006 einen Haushalt ohne neue Kreditaufnahmen vorzulegen. Auf Frage der GZ, ob das zu schaffen sei, räumte Faltlhauser ein, nach der Mehrverschuldung heuer um rund 350 statt 229 Millionen Euro (ausgeklammert die kurzfristig zurückzahlenden 400 Millionen Euro als Ausgleich der Steuerreform-Mindereinnahmen) hänge es von der Wirtschaftsentwicklung ab, die neuen Schulden nächstes Jahr planmäßig auf 112 Millionen Euro drosseln zu können, um 2006 bei 0,0 zu landen.

# Preisgekrönter barrierefreier ...

(Fortsetzung von Seite 1) den letzten Jahren zum Umdenken bei der Gestaltung öffentlicher Bereiche, aber auch bei den Planungen für den Wohnbereich geführt. Barrierefreies Bauen komme auch Eltern, kleinen Kindern und Menschen mit einer vorübergehenden Behinderung entgegen. Mit Genugtuung stellte Dr. Beckstein fest, der Erfolg des Landeswettbewerbs liefere den Beweis dafür, dass Bauherren und Architekten die Herausforderung, vermehrt barrierefrei zu bauen,

## Große Steuerreform:

# Stoiber fordert Bundesregierung zum Handeln auf

**Angesichts viel zu geringer Wachstumsprognosen für dieses Jahr in Deutschland fordert Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber die Bundesregierung zum Handeln für eine große Steuerreform auf. Stoiber: „Viele Länder in Europa erwarten ein deutlich höheres Wachstum als Deutschland. Ein selbsttragender Aufschwung kommt nicht von selbst. Deshalb wird die Union nach dem Beschluss der beiden Parteiführungen von CDU und CSU bis Anfang März konkret ausformulierte Eckpunkte für eine durchgreifende Steuervereinfachung und Steuerentlastung noch in diesem Jahr vorlegen.“**

Darüber hinaus wird die Union neben der Einkommenssteuer auch weitere Steuerarten, die für Investitionen und Wirtschaftswachstum entscheidend sind, in ihr Konzept mit einbeziehen. Dazu gehört der Ersatz der Gewerbesteuer und die Reduzierung der Erbschaftsteuer bei Betriebsfortführungen.“ Stoiber forderte die Bundesregierung auf, jetzt endlich selbst aktiv zu werden und Vorschläge auszuarbeiten, damit man mit dieser Regierung überhaupt ins Gespräch kommen und verhandeln kann. Stoiber: „Kein Mensch weiß, wohin der Zug der Steuerpolitik bei der Regierung überhaupt gehen soll. Dies ist ein Armutszeugnis und ein schweres Versäumnis für eine Bundesregierung.“

Stoiber unterstrich, dass es unverantwortlich wäre, eine durchgreifende Steuervereinfachung und Steuerentlastung auf die lange Bank zu schieben. Stoiber: „Überall in Europa sind die Steuerstrukturen längst radikal vereinfacht worden. Und wir leisten uns immer noch das komplizierteste Steuersystem der Welt. Wenn am 1. Mai, also in 12 Wochen, zehn neue Staaten in die EU kommen, dann sind viele dabei, die bereits ein komplett runderneuertes Steuerrecht mit höchst attraktiven Steuersätzen und wenigen Ausnahmetatbeständen haben. Wir müssen unser Land auf diesen europaweiten Wettbewerb um Investitionen einstellen. Und dazu gehört eine durchgreifende Steuerreform in diesem Jahr und nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag.“

## Bause und Dürr: Mehr Schaden als Nutzen

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause und ihr Kollege Dr. Sepp Dürr äußerten sich vorsichtiger als Maget. Einig sind sie sich mit den Sozialdemokraten, das überhastet gebastelte Sparkonzept der Regierung Stoiber werde mehr Schaden als Nutzen anrichten. Was den Verwaltungsabbau betrifft, den Staatsminister Erwin Huber parallel zum Etat nach

dem Drei-Säulen-Prinzip „Sparen, reformieren und investieren“ vorantreiben soll, gab es aus der Opposition Signale, man werde mitmachen, wenn beim „Wasserkopf Staatsregierung“ wirksam angefangen werde. In diesem Sinn befürwortete Maget die vorgesehene Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichts. Der Nachtragsetat 2004 soll am 16./17. März vom Landtag in Zweiter Lesung verabschiedet werden. **rm**

angenommen hätten. Die prämierten Arbeiten belegten darüber hinaus, dass die Berücksichtigung der Barrierefreiheit bereits in der frühen Planungsphase nicht zwingend zu Mehrkosten führen müsse.

## Neubauten und Umnutzungen

Zusätzliche Aktualität erlangte der Landeswettbewerb im vorigen Jahr durch das „Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003“. Ausgezeichnet wurden Wohngebäude einschließlich Altenwohnungen, betreuten Wohnungen oder Seniorenwohnanlagen, die in dem letzten Jahrzehnt im Gebiet des Freistaates Bayern fertiggestellt wurden. Diese hatten bei hoher gestalterischer Qualität die Belange behinderter Menschen in Planung und Ausführung beispielhaft zu berücksichtigen. Zugelassen zum Wettbewerb waren sowohl Neubauten als auch umfassende Modernisierungen und Umnutzungen im Bestand.

## Strenge Kriterien einer hochkarätigen Jury

Der Jury gehörten an: die Professoren und Architekten Johann Ebe, München, Peter Ebner, Wien, und Peter Kaup (Präsident der Bayerischen Architektenkammer, München), Leiter der Ministerialrat Gunter Maurer und Ministerialrat Hanskarl Rattinger, beide Oberste Baubehörde, Landschaftsarchitektin Professor Uta Stockgruber, Buch am Erlbach, und Reinhard Zingler, Joseph-Stiftung, Bamberg.

Zu den Kriterien bei der Bewertung gehörten unter ande-

rem: Städtebau, Städtebauliche Einbindung, Verkehrsanbindung, Maßstäblichkeit, Erschließung, dann Funktionalität und Gestaltung (mit Qualität und Nutzbarkeit der Räume gemäß DIN 18 025, Wohnungs- und Raumgrößen, Bewegungs- und Abstandsflächen, Grundrissorganisation, Barrierefreiheit im Wohnumfeld und Nutzungsangebote) und Wirtschaftlichkeit, mit Konstruktion und Materialien, Erschließungsaufwand, Betrieb und Bauunterhalt.

## Goldene Verdienstmedaille

Geleitet wurde die Tagung in Dillingen von Baudirektor Dipl.-Ingenieur Wilhelm Hofmann, Leiter des Sachgebietes Siedlungs- und Wohnungsbau bei der Regierung von Schwaben. Er konnte von der Obersten Baubehörde Baurat Albert Dirschinger willkommen heißen. Hofmann stellte die Vorzüge barrierefreien Bauens ohne Qualitätseinbußen heraus. Professor Johann Ebe, München, merkte an „Barrierefreies Bauen ist letztlich Bauen für alle“. Engelbert Steinle und Peter Sailer ernteten viel Aufmerksamkeit für die hervorragende gestaltete Ludwigs-Kaserne, die anschließend besichtigt werden konnte. Das 17-Millionen-Projekt hat acht Stadthäuser, 44 Wohneinheiten für betreutes Wohnen, 25 weitere Wohneinheiten und die Stadtgalerie aufgenommen.

Die gute Zusammenarbeit der Stadt mit der Firma Abenstein würdigte der Dillinger Bürgermeister Anton Stehle. Ihren Dank habe die Stadt zum Ausdruck gebracht mit der Verleihung der Goldenen Verdienstmedaille an Engelbert Steinle.

# Die Preisträger

**Fünf gleichwertige Preise** wurden zuerkannt: Betreutes Wohnen, Udetstraße, Regensburg (Dömges + Partner Architekten GBR, Regensburg); Seniorenanlage Manching (Diplom-Ingenieur Wolfgang Glaser, München); Wohnhäuser mit Wohngruppen für Menschen mit Behinderung, Kloster Algasing bei Dorfen (Krug und Partner, München); Integriertes Wohnen beim Kolpinghaus Ingolstadt (Planungsgemeinschaft Zwischenräume, München); Wohnanlage für betreutes Wohnen Winhöring (Wenzl + Huber, Architekten, Vornbach/Inn).

**Sechs gleichwertige Anerkennungen** gab es für: Wohnanlage Ingolstadt - Hollerstauden (Behnisch & Partner, Stuttgart); Wohnanlage für altersgerechtes und integriertes Wohnen Ingolstadt (Diezinger & Kramer, Architekten, Eichstätt); Seniorenzentrum St. Martin Waltenhofen (Diplom-Ingenieur Dieter Heiler, Kempten); Wohnanlage An den Schopperplätzen Neu-Ulm (Andrea Melchior, Ulrich Eckey, Architekten, Esslingen); Sanierung und Umbau der Ludwigs-Kaserne Dillingen (Firma Abenstein, Ichenhausen); Engelbert Steinle, Geschäftsführer, und Diplom-Ingenieur Peter Sailer, Thannhausen); Betreutes Wohnen mit Kurzzeitpflegestation Regensburg-Burgweinting (Stadtbau Regensburg).

Mit der „**Engeren Wahl**“ wurden belohnt: Das Neue Mathildienstift München (Lothar

Marx, Thomas Rössel, Heinz Franke, München) und die Seniorenwohnanlage Richard-Wachter-Haus Augsburg (Diplom-Ingenieur Schlamberger, Augsburg).

Als „**Zur Veröffentlichung vorgeschlagene Arbeiten**“ stufte die Jury ein: Betreutes Wohnen Lindenberg (Architekturbüro A 3, Lindenberg); Seniorenwohnanlage mit Sozialstation Erlangen (b.f.b. büro für bauplanung, Erlangen); Wohnungsbau München (Bohusch Greilich, Architekten, München); Sankt Paulus Stift Neuötting (Diplom-Ingenieur Ernst Diethenhaus, München); Betreutes Wohnen Feldafing (Diplom-Ingenieur Franz Dirtheuer, München); Seniorenwohnanlage Nürnberg-Kornburg (Architekturbüro Dotterweich-Bort, Nürnberg); Wohnen für Ältere im Stadlergarten Wasserburg am Inn (Hein - Hoefelmayr, Architekten, Pullach im Isartal); Altenwohnanlage mit Geschäftsräumen Aschaffenburg (Diplom-Ingenieur Joachim Kaupp, Aschaffenburg); Wohnheim im Berufsbildungswerk Waldwinkel Aschau am Inn (Professor Dipl.-Ingenieur Herbert Kriegisch, Haar); Seniorenwohnanlage Rosenheim (Architekturbüro Ludwig Labonte, Rosenheim); Alten- und Servicezentrum Eching (Diplom-Ingenieur Klaus Michael Wabnitz, München); Betreutes Wohnen am Kaisergarten Rott/Inn und Wohngruppen für Behinderte der Stiftung Attl (Werkgemeinschaft Rosenheim). **-jdt-**

Landratsamt und Kreissparkasse Lichtenfels:

## Verleihung des Baupreises „Goldener Ammonit“

Vorbildliche Bauvorhaben anerkennen, diese positiven Beispiele herausstellen und dadurch immer wieder zur Nachahmung anregen - das sind die wichtigsten Ziele des 2003 zum vierten Mal gemeinsam vom Landratsamt Lichtenfels und der Kreissparkasse Lichtenfels vergebenen Baupreises „Goldener Ammonit“ (benannt nach den schneckenartigen Versteinerungen, die im Landkreis Lichtenfels zuhauf zu finden sind).

Landrat Reinhard Leutner, der auch als Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse fungiert, überreichte zusammen mit Sparkassendirektor Roland Vogel die Auszeichnungen an zehn engagierte Bauherren.

Sie erhielten den im zweijährigen Turnus verliehenen

Baupreis „Goldener Ammonit“.

### Plakette und Geldpreis

Dieser Preis besteht aus einer künstlerisch gestalteten, attraktiven Plakette, die überaus ansprechend den Hauseingang schmücken kann, und einem Geldpreis von je 500 Euro.

### Denkanstöße vermitteln

Landkreischef Leutner hob hervor, dass diese Anerkennung vorbildlicher Baumaßnahmen nicht ohne „Hintergedanken“ erfolge: Sie sollen auf diese Weise Anregungen und Denkanstöße für künftige Bauherren geben und so einen Beitrag zur weiteren Verbesserung und Bereicherung der Baukultur im Landkreis Lichtenfels leisten.

### 43 Bewerber, zehn Preisträger

Der Landkreischef dankte auch der fachkundigen Jury die ehrenamtlich aus 43 Bewerbern die zehn Preisträger auswählte. Sowohl neu errichtete Wohn- und Gewerbegebäude als auch aktuell sanierte Altbauten konnten in die Wertung kommen.

### Beitrag zur regionalen Weiterentwicklung

Sparkassendirektor Roland Vogel betonte, dass sich die Sparkasse von Anfang an mit voller Überzeugung beim „Goldenen Ammonit“ eingebracht habe:

„Zum einen sei die Finanzierung des heimischen Wohnungsbaus eine der elementaren Aufgaben des heimischen öffentlich-rechtlichen Geldinstituts. Eine optimal gestaltete Beratung - unter Einbeziehen von öffentlichen Fördermitteln und Steuervorteilen - sehe die Sparkasse als wichtigen Beitrag zum Gelingen eines jeden Bauvorhabens.“

„Zum anderen leiste die Sparkasse mit ihrem Engagement gerne einen Beitrag zur positiven Weiterentwicklung der Region als attraktiver Wirtschafts- und Lebensraum. Insofern passe dieser Baupreis sehr gut zum Leitsatz der Kreissparkasse Lichtenfels: „Wir tun was für den Standort hier.“

Die Preisträger 2003 können sowohl auf der Homepage des Landratsamts ([www.landkreis-lichtenfels.de](http://www.landkreis-lichtenfels.de)) als auch der Sparkasse ([www.sparkasse-lichtenfels.de/VorOrt](http://www.sparkasse-lichtenfels.de/VorOrt)) eingesehen werden; auf letzterer zusätzlich auch die Richtlinien und der Teilnahmechein. ☞



Stolz präsentieren die Preisträger des Baupreises „Goldener Ammonit“ ihre Plaketten. Zu den Gratulanten gehörten auch die örtlichen Bürgermeister. Hintere Reihe: Ganz rechts Landrat Reinhard Leutner, 2. von links Sparkassendirektor Roland Vogel.

## Oberbank AG expandiert in Bayern

Dem Mittelstand verbunden

Für die Oberbank AG mit Sitz in Linz sind kleine und mittelständische Unternehmen, Private und Kommunen die wichtigsten Kunden. „Bei uns werden persönliche Kontakte auf allen Ebenen gepflegt, die Berater haben noch Zeit für die Anliegen ihrer Kunden, und dabei verfügen wir trotzdem über die Angebotspalette und die Erfahrungen einer Großbank“, sagt Vorstandssprecher Franz Gasselsberger.

Seine Mitarbeiter könnten noch für jeden Kundenwunsch individuelle Lösungen erarbeiten und Entscheidungen vor Ort treffen „und nicht in einer entfernten Konzernzentrale“.

### Allfinanzangebot

Als besondere Stärke seiner Universalbank, ihrer Tochterunternehmen und Kooperationspartner, hebt Gasselsberger das umfangreiche Allfinanzangebot hervor, das Finanzierungs- und Leasinggeschäft für Kommunen und Firmen genau so umfasst wie die Anlage- und Vorsorgeberatung für Private. Besonders erfahren sei sein Haus auch im Auslandsgeschäft. „Wir wickeln zehn Prozent des gesamten österreichischen Zahlungsverkehrs mit Deutschland ab.“

### Keine Angst vor Basel II

Gasselsberger will auch in Zeiten von Basel II weiterhin auf die Kreditfinanzierung setzen. „Besonders für den Mittelstand muss es heißen: Keine Grund zur Angst vor Basel II, denn gerade für diese Unternehmen wird der Kredit auch weiterhin die Finanzierungsalternative Nummer eins sein.“ Die

wird eine weitere Niederlassung in Regensburg eröffnet. „Wegen des Rückzuges der deutschen Großbanken aus dem Geschäft mit Kommunen, dem Mittelstand und Privatkunden haben wir im Freistaat eine Lücke gefunden, in die wir erfolgreich vorgestoßen sind.“

### Vorsichtige Ausdehnung

Während viele Geldinstitute ihr Filialnetz straffen, kommt dies für die Oberbank nicht in Betracht. „Eine Bank gerät nicht auf Grund eines dichten Filialnetzes in Schwierigkeiten, sondern wegen eines zu hohen Kreditrisikos - und dieses steigt mit der zunehmenden Entfernung vom Kunden deutlich an“, erklärt Gasselsberger seine Geschäftspolitik. Und er versichert, dass die Ausweitung des Geschäftsvolumens und des Einzugsgebietes kein Abgehen vom Bekenntnis zur Regionalbank-Strategie bedeute. Vielmehr dehne die Oberbank ihr Geschäftsgebiet - auch grenzüberschreitend - nur langsam und vorsichtig aus, ohne sprunghaft zu wachsen. Wegen der kommenden Herausforderungen für Banken und Unternehmen durch die EU-Osterweiterung hat sie bereits Repräsentanzen in Tschechien und Ungarn eröffnet. „Vor allem der tschechische Wirtschaftsraum ist wegen der Nähe für unsere bayerischen Kunden interessant“, glaubt Gasselsberger. **Marianne E. Haas**



Genossenschaftsverband Mittelfranken:

## Feierstunde für Sigurd Schacht

Ansbach (wefa) - „Er ist ein professioneller Ehrenamtlicher in unserem Genossenschaftswesen.“ Wilhelm Frankenberger, Präsident des Bayerischen Genossenschaftsverbands, charakterisierte mit diesen Worten den Gunzenhäuser Rechtsanwalt Dr. Sigurd Schacht, der seit 1989 dem Genossenschaftsverband Mittelfranken vorsteht.

Frankenberger war Laudator einer Feierstunde in der Ansbacher Orangerie, die der Genossenschaftsverband ausrichtete, um Schacht zu seinem 60. Geburtstag zu gratulieren. Er lobte die kompetente Mitarbeit von Schacht in den Gremien des Verbands, seitdem er 1989 dem Präsidium angehört. Auch die Beiratstätigkeit des Jubilars in der Raiffeisen-Beteiligungs GmbH, der Bayern-Versicherung und der R+V-Versicherung, würdigte er und heftete ihm das goldene Ehrenzeichen des Deutschen Genossenschaftsverbands an.

MdL Fritz Loscher-Frühwald, einer der Vizepräsidenten des mittelfränkischen Genossenschaftsverbands, gratulierte mit den Worten: „Pflichttreue und Sachlichkeit zeichnen seine Arbeit aus.“ „Vom Glanz des Jubilars fällt auch etwas auf uns herab“, meinte Manfred Geyer, der Vorstandsvorsitzende der Gewerbank Ansbach, dessen Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Schacht seit nunmehr 17 Jahren ist. „Die Seele ernährt sich von dem, was sie erfreut.“ Dr. Schacht vergaß bei seinen Dankworten nicht, einem Gast ein dickes Lob auszusprechen: seinem Bezirksanwalt Friedrich Blaser, der nicht nur im mittelfränkischen Genossenschaftsverband die Fäden zieht, sondern auch die Geburtstagsparty für den Jubilar von A bis Z organisierte. Auf dem Bild sind v. l. n. r. zu sehen: Manfred Nüssel, Präsident des Deutschen Genossenschaftsverbands, Jubilar Dr. Sigurd Schacht sowie Wilhelm Frankenberger, Präsident des Bayerischen Genossenschaftsverbands. Foto: Falk

Neuerscheinung:

## Reform des kommunalen Haushaltsrechts

„Statusreport Neues Kommunales Rechnungswesen in Bayern“ lautet der Titel einer neuen Handreichung der Verlagsgruppe Jehle Rehm, München. Herausgeber des Buches sind Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg, Dipl.-Kfm. Dr. Ulrich Lenz, Wirtschaftsprüfer aus Vaterstetten, sowie Ministerialrat Klaus Puhr-Westerheide, Leiter des Sachgebiets Kommunales Finanzwesen im Bayerischen Staatsministerium des Innern.

Die Reform des kommunalen Haushaltsrechts ist bereits in vollem Gange. Bereits heute steht fest, dass das bisherige System nicht fortbestehen wird. Das neue Buch wirft einen präzisen Blick auf die Entwicklung des neuen Rechnungswesens. Die entscheidenden Fachbegriffe werden geklärt und die beiden zur Wahl stehenden Systeme diskutiert. Der Leser erhält einen genauen Überblick über die rechtliche Entwicklung, die bereits vorliegenden Ergebnisse der Innenministerkonferenz und über die intensive Arbeit des Bayerischen Gemeindetags zu diesem Thema.

Die praxisnahen Berichte aus den Projektgemeinden Hallbergmoos und Putzbrunn, die bereits die doppische Haushaltsführung eingeführt haben, und die Vorstellung der einschlägigen Software führender Software-Partner runden das Buch ab und geben dem Praktiker wichtige erste Hinweise, wie eine Umstellung auf ein neues Rechnungswesen gut zu bewerkstelligen ist.

**Brandl/Lenz/Puhr-Westerheide (Hrsg.): Statusreport Neues Kommunales Rechnungswesen in Bayern - Grundlagen, Praxiserfahrungen, Perspektiven. 1. Auflage, 2003. DK**

## Sanierung der Schulstraße erfolgreich beendet

Roßtals Oberer Markt gewinnt durch die Altortsanierung

Einen Tag vor Heiligabend gab Roßtals Bürgermeister Maximilian Gaul den Verkehr in der Schulstraße wieder frei. Der Eingang zum Oberen Markt mit seinen historischen Sehenswürdigkeiten, der Schule, dem Museumshof und den Geschäften zeigt sich nun in neuem Gewand. Mit Mitteln der Städtebauförderung durch den Freistaat Bayern konnte ein wesentlicher Bereich der Altortsanierung nun angegriffen und vollendet werden.

Baubeginn war am 17. März 2003. Auslöser waren wegen Überlastung Kanalaustauschmaßnahmen in der Länge von 410 m mit DN 300 bis 500, sowie aus Brandschutzgründen der Austausch der Wasserleitung in einer Länge von 365 m mit DN 200. Diese Maßnahme war am 30. Juni 2003 beendet. Kosten: Wasserleitung etwa 120.000 Euro, Kanal ca. 320.000 Euro.

### Straßenbau

Nun war aber die Schulstraße in einem nicht mehr reparaturfähigen Zustand. Ein neuer Straßenbau war notwendig geworden. Strittig war nur, ob eine Asphaltdecke oder eine alt-

ortgerechte Pflasterung gewählt werden soll. Während für eine Asphaltdecke staatliche Mittel aus der Städtebauförderung in Höhe von 60 Prozent nicht geflossen wären, wurden diese für die altortgerechte Pflasterung mit Granit von der Regierung in Aussicht gestellt. Gegen die Stimmen von SPD und Grüne wurde daher eine altortgerechte Lösung von CSU und Freien Wählern gewählt.

### 650.000 Euro Gesamtkosten

Am 1. Juli 2003 begann der Straßenbau. Es wurden insgesamt 2800 m<sup>2</sup> Pflaster, davon ca. 2400 m<sup>2</sup> gesägtes Pflaster (Chinamaterial) verlegt. Chinapflaster wurde aus Kostener-

sparnisgründen gewählt, da das Material von sehr hoher Qualität billiger kam als vergleichbare Ware, auch gebrauchtes Pflaster. Die Straßengesamtkosten beliefen sich auf etwa 650.000 Euro einschließlich Nebenkosten.

### Problem Ausgrabung

Als Probleme während der Straßenarbeiten traten die notwendig gewordenen Ausgrabungen vor dem Pfarrhaus und dem Museumshof auf. Denn überall, wo man im Oberen Markt wenige Zentimeter in den Boden gräbt, stößt man auf Zeugnisse des Mittelalters. So wurden auch bei dieser Grabung spektakuläre Ergebnisse erzielt, wie z.B. Kinderskelette von Ungetauften unter der Traufe des evangelischen Pfarrhauses, aber auch der Nachweis von Handwerkeröfen aus der ottonischen Zeit sowie wiederum Teile der ottonischen und

karolingischen Stadtmauer. Die Mächtigkeit dieser Mauer wurde durch eine veränderte Verlegung der Pflasterung angezeigt.

### Aushärtungsphase

Das Ende der Straßenpflasterarbeiten zögerte sich auch deshalb etwas hinaus. Ein weiterer Grund war auch die Notwendigkeit, das Pflaster im Bereich der Einmündungen und der Schule in ein Betonbett zu verlegen und mit Beton auszufügen, damit die Radialkräfte der schweren Fahrzeuge und Schulomnibusse keine Schäden anrichten. Dieses Betonbett und die Ausfugungen benötigten eine mehrwöchige Aushärtungsphase, die am 22. Dezember 2003 beendet war.

Bürgermeister Gaul dankte den Fraktionen, die mutig die Altortsanierung, die bereits un-



Roßtals Bürgermeister Maximilian Gaul gab einen Tag vor Weihnachten den Verkehr in der Schulstraße wieder frei.

ter Bürgermeister Schubert mit vorbereitenden Maßnahmen begann, auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten vorantreiben und nun in einem wichtigen Bereich des 1050-jährigen

Roßtals vollendeten. Der Bürgermeister dankte auch für die Geduld und das Verständnis der Anwohner und insbesondere der Geschäftsleute im Oberen Markt und im Burgweg.

## Gutes Jahresergebnis der Handwerksmessen

3659 Aussteller und 457540 Besucher

München. Für das soeben beendete Geschäftsjahr 2003 kann die Gesellschaft Handwerksmessen in München ein gutes Gesamtergebnis vorlegen: Mit 45 Mitarbeitern wurden im Inland 3359 Aussteller und 437540 Besucher betreut. Ergänzt man die Zahlen der Bakery China 2003, so waren es 3659 Aussteller und 457540 Besucher. Der Gesamtumsatz betrug mit drei inländischen Veranstaltungen (I.H.M., Garten München, Heim und Handwerk) und einer ausländischen (Bakery China) rund 18 Millionen Euro. Für 2004 wird bei sieben Veranstaltungen in der Bundesrepublik und zwei Veranstaltungen im Ausland ein Umsatz von 30 Millionen Euro erwartet.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung der GHM, Wolfgang Marzin, gab bei der Jahrespressekonferenz die insgesamt neun Projekte bekannt, die sich die Messegesellschaft für die kommenden zwölf Monate vorgenommen hat. Sie beginnen vom 23. bis 26. Februar mit der MEBAC in Dubai.

### Flaggschiff IHM

Als internationale Fachmesse für das Bäcker- und Konditoren-Handwerk im Mittleren Osten wird sie erstmals als Joint Venture zwischen dem örtlichen Messeveranstalter MEDIAC und der Gesellschaft für Handwerksmessen im Dubai World Trade Centre stattfinden. Rund eine Woche nach der MEBAC startet in München das Flaggschiff, die Internationale Handwerksmesse, diesmal eine Woche früher als sonst.

Vom 4. bis 10. März wird diese Leitmesse der Handwerkswirtschaft wieder mit zahlreichen neuen Produkten und Ideen aus dem Handwerk brillieren. Da zum Stichtag 1. Mai 2004 zehn weitere ost- und südosteuropäische Länder der EU

beitreten werden, liegt es, so Marzin, nahe, die kommende Handwerksmesse unter dem Motto „Die 56. IHM im Jahr der EU-Osterweiterungen“ zu veranstalten. Neben zahlreichen Gemeinschaftsbeteiligungen aus osteuropäischen Ländern, allen voran Serbien, Kroatien, Polen und Litauen, wird diese Thematik auch einem eigenen Europa-Tag gewidmet. Das breite Angebot der IHM wird durch rund 30 Sonder- und Leistungsschauen ergänzt.

### Gastveranstaltung in Nürnberg

Seit 25 Jahren führt die Gesellschaft für Handwerksmessen eine Gastveranstaltung in Nürnberg durch. Es ist die IFH/Intherm, die vom 21. bis 24. April zum 16. Mal stattfindet. Nach 30 Jahren Pause erneuert im Portfolio der GHM ist die Dach + Wand, Internationale Messe und Congress für Dach-, Wand- und Abdichtungstechnik, die vom 19. bis 22. Mai auf dem Münchner Messegelände ihren Platz hat. „Der Messestandort München mit seinen industriegeprägten Bau- und

Baummaschinen-Messen und seiner Randlage zu den Märkten im Osten und Südosten Europas ist für eine solche Veranstaltung geradezu prädestiniert, so Marzin.

### Bakery China und ELTEC

Vom 28. bis 30. Mai 2004 schließt sich im Messeprogramm die Bakery China in Shanghai an, zu der bis zu 600 Aussteller weltweit erwartet werden. Die Beteiligung deutscher Firmen wird durch das Bundeswirtschaftsministerium mittels Firmengemeinschaftsstand finanziert und organisatorisch gefördert. Im Wechsel mit der NürnbergMesse wird turnusgemäß die nächste ELTEC vom 23. bis 25. Juni in München veranstaltet. Diese 26. Fachmesse für Gebäudetechnik, Schaltgeräte und Industriesteuerungen hat sich als euroregionale Leitmesse deutlich positionieren können.

### Publikumsmagnet Heim + Handwerk

Der Schlusspunkt der GHM Veranstaltungen wird vom 27. November bis 5. Dezember wieder die Heim + Handwerk in München sein. „Als Verkaufsausstellung rund um das Bauen, Einrichten und Wohnen wird sie ihren Ruf, Publikums-magnet im Vorweihnachtsgeschäft zu sein, erneut bestätigen“, betonte Marzin.

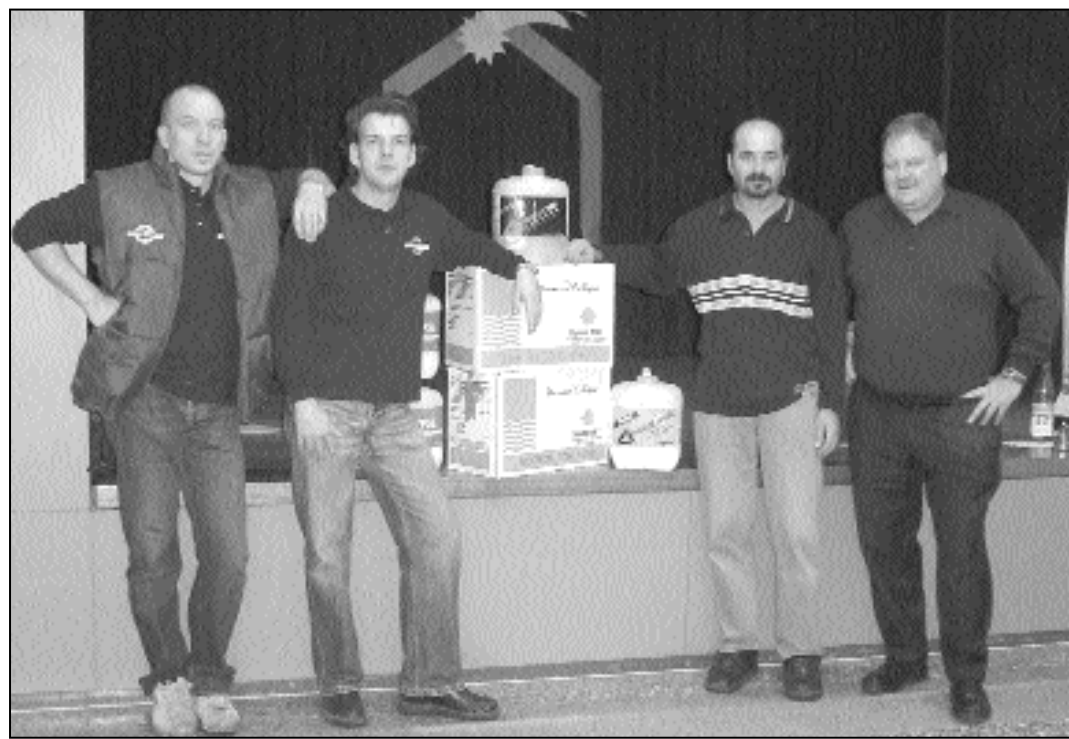
### Neue Strategien

Das zurückliegende Jahr war für die Messeleitung auch das Jahr neuer strategischer Entscheidungen. Parallel zur IHM 2004 soll es eine neue dreitägige FOOD & LIFE geben. Vom 3. bis 5. Dezember, also zu einem geradezu idealen Zeitpunkt für Hobby-Köche und Freunde des kulinarischen Genusses, werden kurz vor Weihnachten Besucher in die neue Verkaufsausstellung gelockt, denen auch ihr leibliches Wohlergehen am Herzen liegt.

### Konditorenhandwerk im Blickpunkt

Vorbereitet als neues Projekt wurde auch die InterKondiCa & Ice Cream, die erstmals im Jahre 2005 parallel zur IHM 2005 an den Start gehen wird. Zusammen mit dem Deutschen Konditorenbund wird die GHM vom 13. bis 16. März 2005 jegliche Art von Maschinen und Zubehör zeigen, die heute im Konditorenhandwerk gang und gebe sind.

E. Scholl



### Sauber gemacht!

Würzburg/MNe. Strahlende Kinderaugen, auf Hochglanz polierte Fußböden und spiegelblanke Scheiben, so präsentierte sich die Würzburger Maria-Stern Schule in der Sanderau kurz vor Weihnachten allen Schülern und Besuchern. In aller Stille wurden an einem Wochenende Böden vom Schmutz befreit und oberflächenversiegelt, Staub und Dreck von den Fenstern gewaschen und so erstrahlte die Schule pünktlich zu den Feiertagen in Hochglanz. Und der Clou - für die Arbeiten bekommt Frau Direktorin Reidel keine Rechnung. Denn die Intensivreinigung ist ein Geschenk der Firmen Objekt Concept und K & S Raumpflegeservice. „Naja, da haben wir am Wochenende eben mal Heinzelmännchen gespielt“, so Objekt Concept Geschäftsführer Mathias Paul, „damit spart sich die Schule einfach einen Haufen Geld! Wir sind die Kompetenz in Sachen Sauberkeit“, betont Paul weiter, „das haben wir eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Damit die Schule noch mehr Geld im nächsten Jahr übrig hat, legen wir den Jahresbedarf an Putzmitteln zu Weihnachten oben drauf!“ Der Plan vom richtigen Reinigen, dem Einsatz der passenden Pflegemittel, Spezialanwendungen - für jede Art von Schmutz, kommt übrigens aus der Würzburger Mainaustrasse 50. Und bei soviel Engagement bleibt nur zu wiederholen: Sauber gemacht!

## Neues Kulturzentrum im Fürther Schlachthof

Nach dem Umbau von Teilen des früheren Schlachthofs steht Fürth jetzt ein neues Kulturzentrum zur Verfügung. Das aus der Gründerzeit stammende Gebäude soll Kleinkunst und Kabarett, aber auch Lesungen und Kulturfestivals eine Plattform bieten.

„Wir wollen hier Hochkultur und Subkultur miteinander verbinden“, kündigte die verantwortliche Mitarbeiterin des Kulturamts, Annette Wigger, an. Nach deren Darstellung hat die kulturelle Nutzung des Schlachthofes eine lange Tradition. So habe das Jugendamt dort bereits 1989 erste Musikveranstaltungen ausgerichtet. Seit vielen Jahren beherberge der frühere Schlachthofkomplex das Programmkinos „Uferpalast“. Mit dem Umbau stehe nun auch die bislang ungenutzte große Säulen-Halle zur Verfügung, betonte Wigger. Der Saal soll vor allem vom Stadttheater

als Proberaum, aber auch für experimentelle Inszenierungen genutzt werden.

### Willkommene Ergänzung

Das vom Kulturamt betriebene Kulturforum ergänzt die bisherigen Fürther Veranstaltungsorte. Insbesondere für kleinere Veranstaltungen, etwa Lesungen, sei weder das Stadttheater noch die Fürther Stadthalle geeignet. Die Umbaukosten für das Schlachthof-Gebäude am Rednitzufer belaufen sich auf rund 10 Millionen Euro. Sie wurden von einer privaten Kulturstiftung eingebracht. DK

Ungebremster Flächenverbrauch:

# Kommunale Patentrezepte gibt es nicht

5. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung

„Vom ungebremsten Flächenverbrauch zur nachhaltigen Landnutzung im ländlichen Raum - Dorf- und Flurentwicklung im Zeichen von Bodenverbrauch und Ressourcengefährdung“ lautete das Thema der 5. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung. Über 200 Teilnehmer aus vieler Herren Länder hätten bewiesen, dass, wie Ordinarius Prof. Holger Magel betonte, „noch eine Chance besteht, das Ruder herumzureißen und verstärkte Anstrengungen in Politik, Verwaltung und Gesellschaft zu unternehmen“. Die Veranstaltung ist nunmehr dokumentiert in Heft 28/2003 der Materialiensammlung des Lehrstuhls.

Wie Kommunalminister Dr. Günther Beckstein erläuterte, sei der Weg zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung beschwerlich; mit Sicherheit werde es kein - vielleicht gar staatlich verordnetes - Patentrezept geben, das auf jede Kommune anwendbar wäre. Manch vertraute Vorstellung, beispielsweise die vom freistehenden Einfamilienhaus als höchstem Bauherrenglück, müsse künftig in Frage gestellt werden.

## Kein Qualitätsverzicht

Selbst dies, so Beckstein, könne gelingen, wenn den Bauherren vermittelt werden könne, „dass flächensparendes Bauen nicht mit einem Qualitätsverzicht gleichzusetzen ist“. Vielmehr hätten verdichtete Siedlungen bei sorgfältiger Planung mindestens gleichwertige oder vielleicht sogar höhere Qualitäten zu bieten als die gewohnten Einfamilienhaus-Gebiete. Gerade hier, in der Bewusstseinsbildung und in der Überzeugungsarbeit, sei deshalb auch künftig der Staat gefordert.

Auf erste Indizien, dass der Flächenverbrauch ein wenig zurückgeht, konnte Prof. Herbert Kallmayer von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium verweisen. Allerdings sei man weit davon entfernt, einen Flächenverbrauch von 25 Prozent des heutigen Werts zu erreichen, wie es die Bundesregierung in einem Stra-

tegiepapier anstrebt. Selbst eine andauernde Trendwende schein nur möglich, wenn sich auch die eingangs geschilderten sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern, wozu es allerdings wenig Anzeichen gebe.

## Negative Gesamtbilanz

Auch bei den städtebaulichen Maßnahmen sei eine genaue Betrachtung erforderlich, fuhr Kallmayer fort. Viele städtebauliche Entwicklungspotenziale entstünden durch Nutzungsaufgabe, z.B. von Militäreinrichtungen, mit eindeutig positiver Bilanz. Andere Potenziale, wie durch die Verlagerung des Flughafens oder der Messe in München, setzten jedoch voraus, dass an anderer Stelle deutlich größere neue Flächen in Anspruch genommen wurden. Die Gesamtbilanz sei daher hier - bei allen unbestreitbaren Vorteilen für die Stadtentwicklung - leider negativ.

Flächensparende Entwicklungsstrategien auf der örtlichen Ebene betreffen das gesamte Spektrum der Maßnahmen für eine ganzheitliche Dorfentwicklung. Dabei gewinnen nach Ansicht von Prof. Theo Kötter, Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn, folgende Bausteine an Bedeutung:

≪ Stärkung örtlicher Initiativen und bürgerschaftlichen Engagements über Leitbildentwicklungs- und umsetzungsorientierte

Agenda 21-Prozesse;

≪ Einheimischenmodelle in Umlandgemeinden mit hohem Bodenpreinsniveau;

≪ Aufbau von Hofvermitt-

lungs- und Gebäudeagenturen; ≪ Paradigmenwechsel in den Räumen, in denen sich langfristige Schrumpfungstendenzen abzeichnen;

≪ Schaffung eines Netzwerkes für betroffene Kommunen und systematische Zusammenstellung von „best practices“.

Für die Praxis der Dorfneuerung spiele, so Kötter, die Förderung eine erhebliche Rolle. Deshalb sei zu prüfen, ob zur Stärkung der Innenentwicklung der Dörfer eine weitere Anpassung der landeseinheitlichen Förder-

struktur an die lokalen Erfordernisse notwendig ist.

Aus Sicht der Kommunen wäre es für den Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, zunächst „völlig unakzeptabel“, wenn man versuchen würde, Planungsentscheidungen auf überregionale Planungsträger zu verlagern. Misstrauisch machten ihn dabei Überlegungen, die von den angeblich großen Erfolgen sogenannter Regionsmodelle berichten, bei denen regelmäßig eine große Stadt und die Umlandgemeinden sich

zu einer Planungsgemeinschaft zusammenschließen. Sicherlich, so Brandl, müsse man auch über neue Formen der übergemeindlichen Kooperation nachdenken. Dabei vertrete er sogar die Auffassung, dass in der interkommunalen Zusammenarbeit ein ganz zentraler Problemlösungsansatz für viele gegenwärtige Schwierigkeiten liege. Völlig falsch wäre es aber, eine neue Planungs- und Entscheidungsebene schaffen bzw. vorhandene mit neuen Zuständigkeiten versehen zu wollen.

## Freiwillige Kooperation

Interkommunale Zusammenarbeit könne nur ohne Zwang funktionieren und organisiert werden. Übergemeindliche Zusammenarbeit müsse in jeder Hinsicht von den beteiligten Gemeinden freiwillig in Angriff genommen werden. Ausdrücklich begrüßenswert seien dabei die Ansätze im neuen Landesentwicklungsprogramm Bayern, die die interkommunale Kooperation in den Bereichen der Mehrfachzentren sowie bei der Aufstellung von Einzelhandelskonzepten stärker berücksichtigen wollen.

Insgesamt, so Brandl, müsse die Ländliche Entwicklung ihren Weg konsequent fortsetzen und ihre Kompetenzen ständig steigern. Von besonderem Reiz für die Kommunen sei, dass sie sich in einer Art Kundenrolle befinden. Vieles von dem, was an Leistungen möglich sei, werde natürlich auch von privaten Anbietern so oder ähnlich vermarktet. Gerade dieses Spannungsfeld zwischen dem, was die Ländliche Entwicklung als staatliche Instanz leisten kann, und dem, was private Planer beitragen können, mache die Zukunft der Bauleitplanung und der Landesentwicklung für die Gemeinden besonders interessant. **DK**

# Großgarage stärkt Verkehrsknotenpunkt Donauwörth

Donauwörth (jdt). Als einen „immensen Infrastrukturgewinn“ bezeichnete der Donauwörther OB Armin Neudert das neue Parkhaus beim Bahnhof Donauwörth. Die moderne Großgarage, die in vier Etagen über 269 Stellplätze verfügt, wurde im Beisein zahlreicher Ehrengäste ihrer Bestimmung übergeben. Das Großprojekt mit seinen Baukosten von rund 3,38 Millionen Euro steigert, wie Neudert feststellte, den Rang Donauwörths als Verkehrsknotenpunkt. Es wurde vom Wirtschaftsministerium im Rahmen der verkehrspolitischen Ziele der Bayerischen Staatsregierung mit erheblichem Aufwand gefördert.

OB Neudert verwies darauf, dass das Parkhaus mit seinen über 9000 Quadratmetern Geschossfläche in unmittelbarer Nachbarschaft des Bahnhofes nur von Kunden der Deutschen Bahn mit einem gültigen Parkschein benutzt werden dürfe. Niedrig angesetzt habe man die Parkgebühren: eine Jahreskarte mit festem Stellplatz (80 wurden bisher schon verkauft) kostet 70 Euro, eine Monatskarte sieben Euro, eine Wochenkarte zwei Euro, eine Tageskarte 50 Cent.

Jahreskarten würden im Rathaus (Alte Kanzlei, Zimmer 104) ausgestellt. Die übrige Parkraumbewirtschaftung erfolge über acht Parkscheinautomaten an den jeweiligen Ausgängen der einzelnen Parkdecks.

## Elfjährige Vorgeschichte

Neudert schilderte die mühsamen Wege zur Verwirklichung des Parkhauses mit der elfjährigen Vorgeschichte. Ausgangspunkt gewesen sei die 1991 geschlossene Vereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern und der Bahn. Danach habe man sich festgelegt, für den Bereich des Augsburgers Verkehrsverbundes (AVV) insgesamt 20 Park & Ride-Anlagen mit insgesamt 2500 Stellplätzen zu schaffen. Klar gewesen sei der Grundsatz, dass die Bahn das Bauvorhaben verwirkliche und die Stadt für den Unterhalt aufzukommen habe.

Im Sommer 1998 hätten Deutsche Bahn Immobilien und Deutsche Bahn Service & Station beschlossen, anstatt der ebenerdigen Park & Ride-Anlage ein mehrgeschossiges Parkhaus, wie bei der Stadt schon angedacht, zu bauen, um die zu beanspruchende Fläche zu verkleinern. Erfreulich sei die zusätzliche Errichtung von Abstellmöglichkeiten für 150 Fahrräder.

## Hohe Förderquote

Erfreut äußerte sich Neudert über die Förderquote von etwa 90 Prozent, unter Einbeziehung des AVV-Programms und des „Schnittstellenprogramms“ der Bayerischen Staatsregierung. Auf die Stadt entfielen lediglich 286 000 Euro. Dankesworte richtete der Oberbürgermeister an Staatsminister Dr. Otto Wiesheu und die Regierung von Schwaben für die Bewältigung zunächst „unüberwindbarer Probleme“ und unbürokratisches Handeln, an die Deutsche Bahn sowie Architekten, Ingenieure und Firmen. Anerkennung galt ebenso dem Stadtrat (für „langen Atem“), Stadtbaumeister Kay Wannick, Stadtkämmerer Franz Haselmayr, Oberrechtsrat Richard Lodermeier und Ord-

nungsamtsleiter Josef Probst. Laut Leitender Ministerialrätin Gudrun Gmach, im Wirtschaftsministerium zuständig für Verkehr auf Schiene und Straße, steigert das Parkhaus den Anreiz für die Bürger, vom Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Dies stelle ein ganz wesentliches Ziel der Verkehrspolitik der Staatsregierung dar. Prognosen sähen einen drastischen Zuwachs des Verkehrs bis 2015 gegenüber 1999 um 26,6 Prozent für den Personenverkehr voraus, im Güterverkehr sogar um rund 60 Prozent. Der P + R-Vertrag im AVV sei gut zur Hälfte umgesetzt, was die Zahl der Pkw- bzw. Fahrradplätze betreffe. Von 26 Vorhaben seien 14 verwirklicht.

Architekt Diplom-Ingenieur Wolfgang Obel erläuterte den „reinen Zweckbau“, der in herausragender Lage eine hohe städtebauliche Qualität erfülle. Das Parkhaus am Bahnhof, 100 Meter lang, 23 Meter breit mit zwei Treppentürmen von 12,50 Meter Höhe könne als ein „prächtiges Geschenk“ betrachtet werden.

## Mischbauweise

In Mischbauweise aus Profilstahl und Stahlbeton errichtet, ruhe es auf etwa 1000 Meter Bohrpfalllänge, völlig stützenfrei, mit einer 6,50 Meter breiten Fahrbahn in der Mitte. Hingewiesen wurde von Obel auf Transparenz, Offenheit ohne Nischen und dunkle Ecken, klares Orientierungssystem und vier behindertengerechte Plätze. Sämtliche Rampen seien im Einbahnverkehr zu befahren. Dazu gehörten eine Notrufanlage und Videoüberwachung, behindertengerechter Aufzug und anprallsichere Brüstungen. **jdt**

## Neues Passauer Messepark-Areal:

# Streif-Arena ersetzt Nibelungenhalle

Die Streif-Arena, besser bekannt unter dem Namen „Dreiländerhalle“, wurde jetzt in Passau offiziell ihrer Bestimmung übergeben. Dieses Herzstück des neuen Messepark-Areals kann nach Ansicht von OB Albert Zankl für das Oberzentrum Passau und die gesamte Region bis hinein zu den Nachbarn Oberösterreich und Südböhmen „nicht hoch genug eingeschätzt werden“. Die Errichtung des Messeparks Passau-Kohlbruck, der vor zehn Jahren noch als Bundeswehrkaserne genutzt wurde, dürfe mit Fug und Recht als Meilenstein der Passauer Stadtentwicklung bezeichnet werden.

In nur 18 Monaten ist ein neues Messe- und Veranstaltungsgelände entstanden, das seinesgleichen sucht. Die Kombination aus einer Messehalle mit rund 3.000 m<sup>2</sup> Grundfläche und einem Fassungsvermögen von bis zu 7.000 Zuschauern, der kürzlich fertiggestellten Eis-Arena, die von der Passauer Bevölkerung hervorragend angenommen wird und im Sommer für andere Veranstaltungen genutzt werden kann, dem Messeparkhaus mit über 700 Stellplätzen und dem Freigelände mit rund 30.000 m<sup>2</sup> Ausstellungs- bzw. Veranstaltungsfläche macht laut OB Zankl die besondere Attraktivität dieses Messeparks aus. Die Finanzierung und damit der Bau dieser Halle, die die aus der Nazi-Zeit stammende Nibelungenhalle ersetzt, wären nicht möglich gewesen, wenn nicht 6 Mio. Euro aus dem europäischen Förderprogramm INTERREG III A als Zuschuss gewährt worden wären. Insgesamt beträgt die Gesamtinvestitionssumme für dieses gewaltige Bauvorhaben rund 25 Mio. Euro.

Während der Bauphase wurde die Arena der Einfachheit halber „Multifunktionshalle“ genannt, was technisch durchaus zutrifft. Das variable Raumteilungskonzept der Streif-Arena mit einem Hallen- und Galeriebereich und dem großzügigen Foyer ist auf eine vielfältige und individuelle Nutzung ausgelegt. Die moderne technische Ausstattung lässt keine Wünsche offen. Eine mobile (Schall-)Trennwand, einschiebbare Tribünelemente, flexible Bestuhlungsvarianten, eine portable Bühne und ein gut ausgestatteter Catering-Bereich eröffnen hervorragende Veranstaltungsmöglichkeiten. Das Atrium des angeschlossenen Messe- und Business-Centers ergänzt das Angebot um einen Aufenthaltsbereich, der auch gastronomisch bedient werden kann. **DK**

Kommunale Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz:

## Handlungskonzept für den Krumbach

Amberg. Während im vergangenen Jahr die große Hitze im Sommer vielerorts zu Problemen führte, verursachte im Jahre 2002 das „Jahrhunderthochwasser“ in zahlreichen Regionen Schäden in Millionenhöhe. Städte und Gemeinden nahmen dies zum Anlass, im Bereich des Hochwasserschutzes aktiv zu werden, um künftig gegenüber solchen Naturereignissen gewappnet zu sein. Im Einzugsgebiet des Krumbaches im Gebiet des Landkreises Amberg-Weilheim und der Stadt Amberg haben sich vier Kommunen zusammengetan, um gemeinsam Lösungen zu finden. Ende November wurde das Handlungskonzept „Vorbeugender Hochwasserschutz und Gewässerentwicklung für den Einzugsbereich des Krumbachs“ im Großen Ratssaal des Amberger Rathauses vorgestellt.

Der Oberbürgermeister der Stadt Amberg, Wolfgang Dandorfer, sprach vom „ersten großen interkommunalen Zusammenarbeitsprojekt im Bereich des Hochwasserschutzes“ und dankte seinen Bürgermeisterkollegen Hans Drexler (Hirschau), Norbert Probst (Freundenberg) und Richard Gaßner (Kümmersbruck) für deren Ko-

operationsbereitschaft. Ebenso galt sein Dank den an dem Projekt beteiligten Institutionen, der Direktion für Ländliche Entwicklung mit Präsident Peter Czommer an der Spitze und dem Wasserwirtschaftsamt Amberg mit Amtsleiter Günter Schobert. „Das Freilegen des Hochwassers kann nur kooperativ und gemeinsam geschehen“,

machte OB Dandorfer deutlich.

Besonders die Auswirkungen des Augusthochwassers 2002 in Raiering hatten bei der Stadt Amberg zu Überlegungen geführt, Retentionsbereiche in der Fläche, Naturschutzmaßnahmen und insgesamt eine Gestaltung des Krumbaches in die Wege zu leiten.

### Bürgerbeteiligung

Die weitere Planung wurde an die Direktion für Ländliche Entwicklung (Projektleitung: Baudirektor Franz Sonnleitner) gegeben, die ein Handlungskonzept mit Bürgerbeteiligung sowie eine ganzheitliche Lösung vorschlug und durch den Verband für Ländliche Entwicklung Oberpfalz die Planung und Umsetzung an das Planungsbüro Spindler in Kastl und an das Ingenieurbüro Weiß in Neunburg v. Wald gab.

### Kostenübernahme

Der Verband für Ländliche Entwicklung Oberpfalz trägt 80 Prozent der Kosten, für die vier Kommunen bleiben 20 Prozent. Das Projekt betrifft eine Fläche von insgesamt 3630 Hektar bei einer Fließlänge des Flusses von 14,3 Kilometer. Die Leistungen beinhalten die Bestandserfassung, die Konfliktdarstellung, Ziel- und Maßnahmenkonzepte sowie Öffentlichkeitsarbeit. Neben Vertretern der vier

krankungen sowie Frauenleiden.

### Bad Staffelstein

Die Obermain Therme ist ein Thermalbad, in dem Wasser aus über 1.600 Meter Tiefe mit einer Wassertemperatur von 52°C und einem Solegehalt von 12 % therapeutisch genutzt wird. Sie ist die wärmste und stärkste Sole Bayerns. Das Wasser ist als „Natrium-Chlorid-Thermalsäuerling“ anzusprechen und hilft, wenn man darin badet, sich darin bewegt und weitere Anwendungen nutzt, bei folgenden Erkrankungen: Erkrankungen des Stütz- und Bewegungsapparates, degenerativ-rheumatische Erkrankungen der Gelenke und der Wirbelsäule, Nachbehandlung nach Operationen und Unfallverletzungen am Bewegungsapparat, Restlähmungen des peripheren Nervensystems, Weichteilrheumatismus und entzündlichen rheumatischen Erkrankungen.

### Bad Steben

Das Staatsbad Bad Steben verfügt über drei unterschiedliche Quellen. Die Max-Marien Quelle ist ein „Calcium-Magnesium-Säuerling“, der die Nierenfunktion anregt und sich bei Gicht und Erkrankungen der ableitenden Harnwege empfiehlt. Die Wiesquelle, ein „Calcium-Magnesium-Hydrogencarbonat-Säuerling“, unterstützt mit viel Magnesium, Kalium und Calcium den Nerven- und Muskelstoffwechsel sowie die Herz- und Kreislauf-tätigkeit.

Die Tempelquelle ist eine Radonquelle, die entzündungshemmend bei Gelenkerkrankungen, Rheuma und Arthrose wirkt. Alle drei Wässer können kostenlos in der Trinkhalle in Bad Steben kalt, angewärmt oder warm in beliebiger Menge genossen werden.

Eine Besonderheit ist die Max-Marienquelle: Im Ortsteil Langanau der Gemeinde Geroldsdorf liegt an der Gemeindeverbindungsstraße von Geroldsdorf nach Steinwiesen der Trinkbrun-

nen dieser Quelle, an dem mit mitgebrachten Trinkgefäßen das Heilwasser genossen oder in Flaschen gezapft werden kann.

### Rückhalteräume fehlen

Obwohl im Norden, also in den ersten Fließkilometern, fast alles noch in Ordnung ist, gibt es bereits in der Nähe der Quelle Erosionen und es fehlen Rückhalteräume. Sehr schwierig gestaltet sich die Situation in Raiering, wo über eine Verlegung des Sportplatzes nachgedacht wird. Zudem haben hier viele Bürger sehr nahe an den Fluss gebaut, er ist zum Teil in Privateigentum, und aus dem „krummen Bach“ wurde zur Erreichung einer höheren Leistungsfähigkeit im Laufe der Jahrhunderte ein gerader Fluss, teilweise in Gestalt eines Kanals. Der unberechenbare Regen führte im Sommer 2002 zu verhängnisvollen Ereignissen mit sieben und mehr Kubikmeter Wasser pro Minute.

### Maßnahmenpaket

Im Bereich des Flusses und seiner Einzugsgebiete seien Lösungen möglich, versicherten die Vertreter der Planungsbüros und der beteiligten Ämter. Sie stellten ein Konzept mit vielen Lösungsmöglichkeiten vor, ein Maßnahmenpaket, das im Laufe der nächsten Jahre umgesetzt wird. Darin geht es

um eine ökologische Gestaltung des Gewässerverlaufes mit Reaktivierung der Retentionsräume, die Rückhaltung des Wassers in der Fläche und Erosionsschutz im Einzugsbereich des Flusses sowie um die Sanierung bzw. Freilegung von hochwassergefährdeten Siedlungsbereichen mit Schutz vor einem hundertjährigen Ereignis.

Anhand einer Vielzahl von Bausteinen soll das Konzept dann umgesetzt werden, und zwar in einem offenen Prozess unter Einbindung der Bürger. Im ersten Quartal 2004 soll es eine Ausstellung der vorläufigen Ergebnisse des Handlungskonzeptes geben. Im zweiten Vierteljahr ist schließlich daran gedacht, den Abschlussbericht des Handlungskonzeptes vorzulegen.

### Bad Alexandersbad

Bereits im Jahr 1741 wurde von Markgraf Alexander die Luisenquelle, ein „Eisenhaltiger Säuerling“ erschlossen. Zusammen mit dem Naturhochmoor bildet sie die Heilmittel, die zusammen mit vielfältigen anderen Anwendungen bei folgenden Leiden Linderung bringen: Herz-, Gefäß- und Kreislaufkrankungen, Erkrankungen des vegetativen Nervensystems, Stress- und Erschöpfungszustände, Erkrankung des rheumatischen Formenkreises, degenerative Erkrankungen der Gelenke und Wirbelsäule, Osteoporose oder Gicht, hormonelle Störungen. Die Luisenquelle kann im Markgräflichen Schloss, im Bäderhaus und im Haus des Gastes kostenlos getrunken werden.

### Hohenberg a. d. Eger

Im Egertal, unterhalb der Burg Hohenberg, findet man die Carolinenquelle, einen „Eisenhaltigen Säuerling“, der seit dem Jahr 1626 bekannt ist. Sie ist leider noch nicht als Heilquelle anerkannt, aber frei zugänglich und das Wasser kann mit mitgebrachten Trinkgefäßen genossen oder in Flaschen abgefüllt werden.

### Fichtelberg

Im Kristall Kur- und Freizeitbad Fichtelberg kann in einem Freibaden im radonhaltigen Wasser der Ahornquelle, einer staatlich anerkannten Heilquelle,



Krumbach Gärmersdorf: Zum Teil wurde in der Vergangenheit sehr nahe an den Fluss gebaut und der Fluss selbst begradigt oder zum Kanal umgestaltet.

Foto: Direktion für Ländliche Entwicklung

um eine ökologische Gestaltung des Gewässerverlaufes mit Reaktivierung der Retentionsräume, die Rückhaltung des Wassers in der Fläche und Erosionsschutz im Einzugsbereich des Flusses sowie um die Sanierung bzw. Freilegung von hochwassergefährdeten Siedlungsbereichen mit Schutz vor einem hundertjährigen Ereignis.

Anhand einer Vielzahl von Bausteinen soll das Konzept dann umgesetzt werden, und zwar in einem offenen Prozess

unter Einbindung der Bürger. Im ersten Quartal 2004 soll es eine Ausstellung der vorläufigen Ergebnisse des Handlungskonzeptes geben. Im zweiten Vierteljahr ist schließlich daran gedacht, den Abschlussbericht des Handlungskonzeptes vorzulegen.

Kleinere Maßnahmen sind jedoch bereits in Angriff genommen worden. Dennoch ist das Ganze, darüber waren sich die Beteiligten einig, ein „Projekt, für das man einen langen Atem braucht.“

Markus Bauer

### Ingolstadt:

## Schonender Umgang mit Trinkwasserreserven

Im neu entstandenen Ingolstädter Baugebiet Etting-Westerberg II wurde neben der Trinkwasserversorgung eine zentrale Versorgung mit Betriebswasser als bundesweit einmaliges Modellprojekt gebaut. Bauherrn können sich für die Gartenbewässerung und Toilettenspülung an dieses Betriebswassernetz anschließen. Das Baugebiet umfasst 164 Parzellen und wird künftig rund 1.500 Einwohner im neuen Ortsteil umfassen.

Bürgermeister Albert Wittmann, der Initiator des Modellprojekts, eröffnete gemeinsam mit Umweltreferent Fritz Bernhard, Tiefbaureferent Franz Pögl und Dr. Thomas Schwaiger von der Wasserversorgung die Betriebswasserversorgung beim ersten fertiggestellten Hausanschluss in der Lorenz-Schmidt-Straße.

Der Anschluss an das öffentliche Brauchwassernetz in Etting-Westerberg ist kostenlos. Mindestens während der ersten fünf Jahre wird keine Wasser- und Abwassergebühr für den Betriebswasseranteil erhoben, so dass sich die geringfügigen Erhöhungen der Baukosten im privaten Bereich binnen kurzer Zeit amortisieren und langfristig Einsparungen sicherstellen. Die trockenen und heißen Wochen des vergangenen Sommers haben bei den Verbrauchern vermehrt den Wunsch nach Alternativangeboten zum wertvollen Trinkwasser ausgelöst. Neben dem zentralen Versorgungsmodell Etting-Westerberg bieten die Stadtwerke Ingolstadt ein flächendeckendes Modell für Hausbrunnen im Stadtgebiet an und versorgen darüber hinaus Großabnehmer mit entsprechenden Individuallösungen. Zur Zeit werden mehr als 10 Prozent des gesamten Ingolstädter Wasserverbrauchs über Betriebswasseranlagen versorgt und sparen damit weitere Entnahmen des für die Trinkwasserversorgung vorrangig eingesetzten Tiefenwassers.

DK

gebadet werden. Die Heilwässer sind geeignet zur Gesunderhaltung, zur Vorbeugung von Mineralstoffmangel, zur alleinigen oder unterstützenden Behandlung von Krankheiten und zur Linderung von Beschwerden.

Wie helfen die verschiedenen Inhaltsstoffe der Heilwässer? Calciumhaltige Heilwässer sind gut geeignet, dem Körper über den Tag verteilt Calcium zuzuführen, die Calciumversorgung zu verbessern und dem Calciummangel vorzubeugen. Sie sind nützlich bei der Prävention und Therapie der Osteoporose und helfen bei chronisch-entzündlichen Erkrankungen des Magen-Darm-Trakts.

Fluoridhaltige Wässer dienen der Kariesprophylaxe und tragen zur Knochenhärtung bei. Hydrogencarbonathaltige Heilwässer wirken säureneutralisierend im Körper, z.B. im Magen und in den Muskeln, helfen bei Sodbrennen, steigern die Harnsäureausscheidung und beugen so der Gicht und Harnsteinen vor.

Kohlensäurehaltige Heilwässer

dienen der allgemeinen Verdauungsanregung und -förderung. Magnesiumhaltige Heilwässer beugen Magnesiummangel vor und unterstützen die Herz-Kreislauf-Funktionen. Natriumhaltige Heilwässer regulieren den Blutdruck und den Wasserhaushalt. Sulfathaltige Heilwässer unterstützen das gesamte Verdauungssystem, regen Darm, Leber und Bauchspeicheldrüse an, fördern die Schadstoffausscheidung der Nieren und lindern Harnwegsinfektionen.

Nachdem ein Heilwasser in der Regel neben dem Hauptinhaltsstoff stets auch noch andere vorgenannte Stoffe beinhaltet, liefert jedes Heilwasser auch weitere lebenswichtige Mineralstoffe und Spurenelemente.

Trinken von oder Baden in Heilwasser sind eine gute und günstige Möglichkeit, sich gesund und fit zu erhalten. Darüber hinaus bietet auch die Thermlandschaft Oberfrankens Erholung und Wellness für alle Generationen.

fpo

### C-B-R 2004 in München:

## Durchgängiges Freizeit-Konzept

Die Drei-Branchen-Messe C-B-R ist eine der führenden Publikumsveranstaltungen für Freizeit und Tourismus in Deutschland und findet vom 14. bis 18. Februar 2004 auf dem Gelände der Neuen Messe München statt. Die C-B-R 2004, 35. Ausstellung Caravaning-Wassersport-Tourismus, präsentiert sich heuer mit neuer Laufzeit (fünf Tage) und verlängerten Öffnungszeiten. Mit ihrem durchgängigen Freizeit-Konzept bietet sie eine unvergleichbare Plattform für alle Caravaning-, Wassersport- und Tourismus-Fans.

Nahezu jeder Reisemobil-Hersteller bietet eine so genannte Einsteiger-Baureihe bei den Reisemobilen an. Hierbei handelt es sich um Fahrzeuge, die absolut reisetauglich sind, denen jedoch der große Komfort der teureren Modelle fehlt. Die Preisgestaltung dieser Reisemobile beginnt meist bei rund 30.000 Euro. Präsentiert werden einige der Einsteigermodelle.

Natur erleben, Menschen begegnen und schöne Städte erkunden - das ist Pilgern auf dem Jakobsweg im Heiligen Jahr 2004. Möglich ist das neuerdings auch in Bayern. Wo und wie Pilgerreisende Körper, Geist und Seele in Einklang bringen können, darüber gibt die Messe Aufschluss.

Wo und mit welcher Ausrüstung man am besten „eintaucht“, erfährt man auf der C-B-R 2004. Den Körper verwöhnen, den Geist befreien, die Seele baumeln lassen - das ist es, was immer mehr Urlauber in Ungarn suchen. Groß ist hier die Auswahl an Wellness-Ferien. Wer sich inspirieren lassen will, findet viele Urlaubs-ideen beim Stand des Partnerlandes Ungarn.

Im Rahmen des C-B-R-Tourismus-Symposiums zum Thema „Best-Ager im Tourismus - Tourismus mit Best-Agern“ beleuchteten u. a. internationale bekannte Tourismusforscher, Psychologen, und Spezialreiseveranstalter dieses aktuelle Thema. **DK**

### Gesundheitsregion Oberfranken:

## Mit Wasser heilen

Chancen für den Tourismus und Erholungsverkehr

Bayreuth (fpo) - „Die Gesundheit wird immer teurer. In Oberfranken gibt es viele Möglichkeiten, wirkungsvoll und oft kostenlos etwas für das Wohlbefinden und zur Vorbeugung von Krankheiten zu tun. Heilbäder und die Anwendung von Heilwässern liegen hier voll im Trend. Diese gibt es in Oberfranken in beeindruckender Vielfalt“, betont Regierungspräsident Hans Angerer.

Warum also vorhandene Heilwässer nicht sinnvoll einsetzen? Wo gibt es dieses in Oberfranken? Wofür ist es gut?

Heilwässer sind reine, natürlich entstandene Grundwässer, die geogen bedingt ein Mindestmaß an Gasen, Mineralstoffen oder Spurenelementen enthalten müssen und deren gesundheitsfördernde Wirkung wissenschaftlich nachgewiesen und amtlich bestätigt wurde. Die Mineralstoffzusammensetzung und die mikrobiologische Beschaffenheit wird durch unabhängige Institute ständig kontrolliert. Heilwasser unterliegt dem Arzneimittelgesetz.

Bei Heilwässern unterscheidet man folgende Arten: Eisenhaltige Wässer, jodhaltige Wässer, schwefelhaltige Wässer, radonhaltige Wässer, Säuerlinge und fluoridhaltige Wässer, daneben gibt es noch Thermalwasser und die Sole. Die Sole zeichnet sich durch einen besonders hohen Na-

trium- und Chloridgehalt aus.

Nachdem die Geologie in Oberfranken sehr unterschiedlich ist, sind hier auch die verschiedensten Heilwässer zu finden:

### Bad Rodach

Bad Rodach verfügt über zwei Thermalbrunnen, mit 652 Meter bzw. 1.000 Meter Tiefe. Der letztere hat eine Wasseraustrittstemperatur von 35°C und einen hohen Magnesium- und Calciumgehalt. In einer renovierten und erweiterten Thermalbadlandschaft kann man durch Baden und Bewegung in diesen Wässern samt weiteren Anwendungen Linderung bei folgenden Leiden erfahren: Abnutzungserscheinungen der Wirbelsäule und der Gelenke, Erkrankungen des Skelettsystems mit Verlust von Knochensubstanz, Weichteilrheumatismus, Zustände nach Operationen und Verletzungsfolgen am Bewegungsapparat, rheumatische Er-



Bayerischer Gemeindetag/Hochwasserschutz:

## Praxisnaher Ratgeber für Kommunen

Auf der acqua alta, der Münchner Fachmesse für Klimafolgen und Hochwasserschutz, wurde Ende vergangenen Jahres der praxisnahe Ratgeber „Hochwasserschutz für Kommunen“ vorgestellt. Die vom Gemeindetag herausgegebene Broschüre wendet sich an den kommunalen Praktiker und gibt ihm für seine Arbeit vor Ort nützliche Informationen, Tipps und Handlungsempfehlungen mit anschaulichen praktischen Beispielen. Konsequenter setzt der Ratgeber seinen Schwerpunkt auf Maßnahmen an Gewässern dritter Ordnung, für deren Unterhaltung und Ausbau die Gemeinden zuständig sind. In Bayern handelt es sich hier immerhin um mehr als 60.000 Kilometer Fließgewässer.

Das Interesse der Medien konzentriert sich zwar regelmäßig auf die Überschwemmungen an den großen bayerischen Flüssen Donau und Main und die Hochwasserpegel in Regensburg, Passau und Würzburg. Doch gerade das Pfingsthochwasser 1999 und das Augusthochwasser 2002 haben den erheblichen Beitrag der Abflusssituation der Seitengewässer auf die Hochwasserentwicklung der großen Flüsse verdeutlicht.

### Trauriges Beispiel

Bei Gewässern der dritten Ordnung stellen vor allem kurze, sehr kräftige Regengüsse eine Gefahr dar. Hier kommt es häufig schon nach kurzer Zeit zu enormen Abflussteigerungen, die die Kapazitäten der Bäche und Flüsse meist schnell erschöpfen. Erhebliche Gefahrenlagen und außergewöhnlich hohe Schäden können die Folge sein. Trauriges Beispiel ist die Gemeinde Diedorf im Landkreis Augsburg. Bei dem verheerenden Starkregenereignis Anfang Juni 2002 kamen dort drei Menschen ums Leben; in Privathaushalten entstanden Sachschäden in Höhe von rund 3,2 Millionen Euro.

Um in Zukunft ähnliche Katastrophen zu vermeiden, ist effizientes, vorausschauendes Handeln der Gemeinden gefordert. Im Mittelpunkt muss dabei ein integrierter Hochwasserschutz stehen, der sich auf die drei Säulen natürlicher Wasserrückhalt/vorbeugender

Hochwasserschutz, technischer Hochwasserschutz und weitergehende Hochwasservorsorge stützt.

### Vielfältige Möglichkeiten

Wie die Gemeinden in ihrem Zuständigkeitsbereich integrierten Hochwasserschutz betreiben können, veranschaulicht der Ratgeber. Die gemeindlichen Handlungsmöglichkeiten sind vielfältig und reichen von der qualifizierten Planung, über technische Schutzmaßnahmen bis hin zu Modellen der kommunalen Zusammenarbeit. Soll Hochwasserschutz auf Dauer angelegt sein, empfiehlt es sich für die Gemeinden, ein integriertes kommunales Hochwasserschutzkonzept aufzustellen und dieses gegebenenfalls in einen Gewässerentwicklungsplan zu integrieren.

### Erste Säule

Im Bereich der ersten Säule des integrierten Hochwasserschutzes, dem natürlichen Wasserrückhalt, geht es vorrangig um Maßnahmen im Einzugsgebiet, die zu einer Erhöhung der Speicherfähigkeit und einer Verminderung der Abflusssgeschwindigkeit führen. Hier kann die Gewässerentwicklungsplanung ein hilfreiches Instrument für den vorbeugenden Hochwasserschutz der Gemeinden sein. Der Gewässerentwicklungsplan (GEP) zielt zunächst zwar nur auf fachgerechte Pflege-, Unterhaltungs- und Ausbaumaßnahmen für ein einziges Gewässer. Es er-

scheint jedoch empfehlenswert, alle zu einem Einzugsgebiet in einer Gemeinde gehörenden Gewässer gemeinsam zu betrachten. Der GEP kann aufzeigen, wo ein Wasser- bzw. Nährstoffrückhalt notwendig ist, wo Gewässer naturnah umgestaltet werden sollen und wo technischer Hochwasserschutz erforderlich ist.

### Renaturierung

Die Renaturierung von Bächen bzw. die Erhaltung ihres naturnahen Zustandes ist ein wirksames Mittel für den Wasserrückhalt und die Abflussminderung. Der naturnahe Ausbau schafft somit nicht nur Lebensräume für Tiere und Pflanzen; Uferstreifen mit standortgerechter Vegetation halten auch Nährstoffe und Oberboden zurück, fördern die Selbstreinigungskraft der Gewässer und tragen somit insgesamt zum vorbeugenden Hochwasserschutz bei. Selbst unter Kostengesichtspunkten ist die Wiederherstellung naturnaher Zustände sinnvoll.

### Sinnvolles Abwägen

Dennoch reicht die Wasserrückhaltung in der Fläche allein in der Regel für einen wirksamen Hochwasserschutz nicht aus. Die Ergänzung durch Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes, wie beispielsweise den Ausbau von Bachbetten, die Anlage von Flutmulden, den Bau von Hochwassermauern und Rückhaltebecken oder bauliche Vorkehrungen an gefährdeten Gebäuden, ist dann unerlässlich. Baulicher Hochwasserschutz ist teuer. Aufwand und Nutzen sollten deshalb schon in der Frühphase der Planung sehr sorgfältig abgewogen werden.

Vorausschauender Hochwasserschutz der Gemeinden, die dritte Säule des integrierten Hochwasserschutzes, muss bei einer Bauleitplanung ansetzen, die die Ziele der

überörtlichen Raumordnung und der wasserrechtlichen Fachplanung sinnvoll ergänzt. Die kommunale Bauleitplanung ist zwar bereits durch die Landesplanung, insbesondere durch die Ausweisung von Vorranggebieten für den Hochwasserschutz in den Regionalplänen, und die wasserrechtliche Festsetzung von Überschwemmungsgebieten gebunden.

Doch zusätzlich zu diesen Bindungen müssen sich die Gemeinden bei der Aufstellung von Bauleitplänen bei ihrer Abwägung sorgfältig mit eventuellen Hochwassergefahren und dem erforderlichen Hochwasserschutz auseinandersetzen. Dabei wird den Belangen der Sicherheit der Wohnbevölkerung, dem Schutz von Eigentum und Infrastruktur sowie der Bewahrung natürlicher Rückhalteflächen großes Gewicht zukommen.

### Zahlreiche Zweckverbände

Da sich Gewässer der dritten Ordnung und ihre Einzugsgebiete häufig auf das Gebiet mehrerer Gemeinden erstrecken, bietet sich im Bereich des Hochwasserschutzes die interkommunale Zusammenarbeit geradezu an. Wie zahlreiche Gewässerunterhaltungszweckverbände zeigen, machen Gemeinden hiervon auch bereits regen Gebrauch.

### Mitwirkung der Bürger

Effektive Hochwasservorsorge berührt regelmäßig auch die Belange, Rechte und Interessen einzelner Bürger. Ihre Einsicht, Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft ist daher in vielen Fällen eine wesentliche Voraussetzung für die zügige und konsequente Umsetzung von Plänen und Schutzmaßnahmen. Eine optimale Öffentlichkeitsarbeit ist für die Gemeinden deshalb unerlässlich.

Ziel sollte sein, aus potenziell von Schutzmaßnahmen betroffenen Bürgern Beteiligte oder gar Verbündete werden zu lassen. Dass dies möglich ist und wie die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger geweckt und gestärkt werden kann, zeigt der Praxisratgeber des Bayerischen Gemeindetags ebenfalls am Diedorfer Beispiel. **DK**



Pressegespräch auf der acqua alta. V. l. n. r.: Werner Schmid (Bayerischer Gemeindetag), Herr Assmann (Bayerischer Rundfunk), Raimund Schoberer (Regierung der Oberpfalz), Bernd Dusterdieck (Deutscher Städte- und Gemeindebund).

## München blüht auf

2005 wird die BUGA zum Zugpferd für Bayerns Tourismus

Mit der Bundesgartenschau München 2005 findet nach der IGA (Internationale Gartenbauausstellung) 1983 im Westpark zum zweiten Mal eine Gartenschau in München statt: Diesmal als sommerlanges Einweihungsfest für den städtebaulich zukunftsweisenden, neuen Stadtteil Messestadt Riem. Zum zweiten Mal präsentierte sich jetzt die BUGA auf dem incoming-Tag des Fremdenverkehrsamtes der Stadt München den Tourismus-Fachleuten.

Der Standort ist einmalig: acht Kilometer vom Marienplatz entfernt und auf dem ehemaligen Flughafengelände München-Riem im neuen Landschaftspark. Nicht nur für die Bewohner der Messestadt ist die BUGA ein Grund zum Feiern; neben München profitiert ganz Bayern von dem Touristen-Magnet BUGA 05: Vier Millionen Besucher werden vom 28. April bis zum 9. Oktober 2005 auf der BUGA erwartet.

Um die Besucher nach München zu locken, kooperiert die BUGA 05 eng mit den Tourismusverbänden Bayerns und mit dem Fremdenverkehrsamt der Stadt München. „Mit dem Fremdenverkehrsamt haben wir einen hervorragenden Partner, um die Bundesgartenschau München 2005 auch über die Grenzen Bayerns hinaus zu vermarkten“, bestätigt BUGA-Geschäftsführer Hanspeter Faas.

Dass die BUGA 05 eine ganz neue, andere Gartenschau wird als ihre Vorgängerinnen, veranschaulicht nicht nur das Konzept, es schlägt sich auch in den Preisen nieder: Besonders Familien sind willkommen, wie sich an den außergewöhnlich günstigen Kinderkarten für nur

drei Euro ablesen lässt. Erwachsene zahlen für eine Tageskarte 14 Euro, 65 Euro kostet die Dauerkarte, Kinder bekommen die Dauerkarte für nur 20 Euro. Im Vorverkauf, der am 28. April 2004 und damit genau ein Jahr vor Beginn der BUGA startet, sind die Tickets sogar noch günstiger.

### „Perspektivenwechsel“

Das Motto der BUGA 05, der „Perspektivenwechsel“, ist auf vielfältige Art und Weise realisiert: Zum Beispiel im „Zellengarten“, wo mikroskopische Strukturen riesig groß werden und der Besucher die Welt aus dem Blickwinkel einer Ameise erleben kann oder mit der Seilbahn, in deren Kabinen die Besucher wie Vögel in 25 Metern Höhe über das Gelände fliegen.

Die BUGA 05 wird übrigens erstmals eine „Bade-BUGA“, 14 Hektar frisch angelegter Badeseen laden ein, die Badehose auszupacken. Und zu einem einmaligen Gartenfest wird die BUGA neben traumhafter Blüten und Blumen auch dank zahlreicher Kulturereignisse, wie Theater, Konzerte, Lesungen, Sport- und Kinderangebote. **DK**

Gartenpflegevereinigung Schwandorf:

## Integrierter Pflanzenschutz im Visier

Zur alljährlichen Fachtagung der Gartenpfleger des Landkreises Schwandorf waren knapp 200 interessierte Experten gekommen, um u.a. den Vortrag von Diplomgärtner und Fachjournalist Adalbert Griegel zu verfolgen. Griegel ermunterte die Zuhörer in anschaulicher Weise, den „Integrierten Pflanzenschutz“ im Hausgarten ernst zu nehmen und alles zu versuchen, die chemische Keule nicht benutzen zu müssen.

Besonders wichtig sei die Sortenwahl, da es hier schon eine ganze Reihe von resistenten oder krankheitstoleranten Pflanzen gebe. Auch die richtige Kultur der Pflanzen im Garten, angefangen mit der Bodenbeschaffenheit, dem richtigen Gießen und Düngen bis hin zu Schnittmaßnahmen, sei äußerst wichtig.

### Die „rechte Hand“

Landrat Volker Liedtke sprach auch in seiner Funktion als Kreisvorsitzender der Gärtler den Gartenpflegern seinen Dank für die Unterstützung aus und erwähnte die Notwendigkeit von ausgebildeten Fachleuten in den Gartenbau- und Ortsverschönerungsvereinen sowie deren Bedeutung als „rechte Hand“ der Kreisfachberater. Die gesunde, vitaminreiche Ernährung mit Produkten aus dem eigenen Garten sei von großer Bedeutung und der ökologische

Anbau liege voll im Trend. Der Landrat erinnerte daran, dass es vor Jahren nur sehr schwer zu vermitteln gewesen sei, wie wichtig der Obst- und Gemüsegarten ist. Das habe sich aber nunmehr grundsätzlich gewandelt.

Der wiedergewählte Vorsitzende Frank Pabst erinnerte daran, dass die Vereinigung im Jahre 1956 vom damaligen Kreisfachberater und heutigem Ehrenmitglied Werner Kraml gegründet wurde. Damals waren es 11 Baumwarte und heute habe sich die Vereinigung mit 491 Mitgliedern zur stärksten Vereinigung ihrer Art in ganz Bayern gemauert.

Das kommende Jahr wollen die Gartenpfleger auch unter das Motto „Gemüse aus dem eigenen Garten“ stellen. Geplant ist eine Reise zu den Schlössern an der Loire sowie nach Deutenkofen zur dortigen Lehr- und Versuchsanstalt für Obstbau. **DK**

## Der Alleskönner - Geräteträger BOKIMOBIL 1151

Kommunalfahrzeuge für den Einsatz zu jeder Jahreszeit stellt die Kiefer GmbH, 84402 Dorfen, her. Das BOKIMOBIL verbindet kompakte Abmessungen, totale Wendigkeit und starke Leistung. Das Schmalspurfahrzeug eignet sich besonders für Arbeiten auf engstem Raum wie Reinigung und Instandhaltung von Altstadtbereichen und Fußgängerzonen, aber auch für den Winterdienst und ganz besonders für den Mäheinsatz.

Neben den hydrostatisch betriebenen Fahrzeugen HY 1251/1351 stellt die Kiefer GmbH seit kurzem das BOKIMOBIL Kommunalfahrzeug 1151 mit Schaltgetriebe her. Serienmäßig stehen fünf Vorwärts- und ein Rückwärtsgang zur Verfügung, optional kann das Fahrzeug mit einem Untersetzungsverteilergetriebe ausgerüstet werden, damit verfügt es über zehn Vorwärts- und zwei Rückwärtsgänge. Der kraftvolle 106 PS - Motor erfüllt selbstverständlich die Euro-3-Norm. Auch auf einen Allradantrieb braucht nicht verzichtet werden. Das BOKIMOBIL 1151 läuft 100 km/h schnell. Der serienmäßige Radstand beträgt 2,20 m und kann auf 2,6 m verlängert werden.

### Universeller Einsatz

Mit seinem serienmäßigen 3-Seiten-Kipper ist das BOKIMOBIL 1151 als Transporter mit ei-



In der Straßenreinigung bietet das BOKIMOBIL 1151 ebenfalls beste Einsatzmöglichkeiten.

### Garten München 2004:

## Breites Spektrum

Die Garten München, die Fachveranstaltung und Verkaufsausstellung für alle Blumen und Gartenfreunde, beginnt heuer zeitgleich mit der Internationalen Handwerksmesse auf der Neuen Messe München am 4. März. Seit Bestehen ist die jährlich stattfindende Garten München eine der beliebtesten grünen Messen in Süddeutschland. Sowohl Fachbesucher als auch Endverbraucher finden hier ein umfassendes Angebot.

Mit rund 300 Ausstellern bietet die Garten München ein breites Spektrum zum Thema Blumen und Pflanzen, Haus und Garten.

### Breites Spektrum

Schon das Angebot an Pflanzen und Sämereien umfasst nahezu alles, was die Botanik bereithält - seien es Zier- oder Nutzpflanzen, heimische Sträucher oder exotische Orchideen. Dazu kommen noch vielfältige ergänzende Bereiche wie „Alles für die Gartengestaltung“: Gewächshäuser, Gartenlauben, Gartenmöbel, Gartengeräte, Teiche und vieles mehr. Wer immer

nehm zulässigen Gesamtgewicht von vier Tonnen, optional sogar fünf Tonnen, universell einsetzbar. Aber nicht nur das: Das Schnellwechselsystem sorgt dafür, dass die gleichen Anbaugeräte wie bei den Hydrostaten in kürzester Zeit am BOKIMOBIL 1151 zum Einsatz kommen können. Hierfür steht eine optionale Zusatzhydraulik, die von einem kupplungsunabhängigen Nebenantrieb versorgt wird, zur Verfügung. Die Bedienung erfolgt bequem über den Joystick-Schalthebel. Und so wird das Fahrzeug zum wahren Alleskönner.

### Sinnvolle Ergänzung

Im Transportbereich kann das Gerät durch eine Schwenk-Container-Anlage ergänzt werden. Damit können 1100 Liter Behälter transportiert und entleert werden.

Für die kommunale Land-

schaftspflege stehen verschiedene Anbaugeräte zur Auswahl, vom Sichelmäherwerk mit Gras- und Laubsaug-Container ein Schlegelmäherwerk bis hin zur Wildkrautbürste.

### Viele Einsatzmöglichkeiten

In der Straßenreinigung hat der Geräteträger ebenfalls beste Einsatzmöglichkeiten. Es steht eine Kehrsaugmaschine zum Anbau bereit, die in der Straßen- und Gehsteigpflege hervorragende Dienste leistet. Wahlweise kann auch eine Vorkauermaschine verwendet werden. Selbst für die Müllentsorgung kann das Fahrzeug eingesetzt werden: mit Hilfe einer Müllpressanlage können Mülltonnen dort abgeholt werden, wo die normalen Müll-

### Flughafenfeuerwehr Nürnberg:

## Umweltfreundliche Übungen

Brände von flüssigem Treibstoff sind für Feuerwehren an Flughäfen eine der größten Herausforderungen. Flammenhöhen von zehn Metern und mehr und die dadurch entstehende Hitze bedeuten eine extreme Belastung für die Einsatzkräfte. Nur gut geschultes Personal kann solche Herausforderungen bestehen.

Bisher übte die Feuerwehr am Airport Nürnberg den Ernstfall an Brandbecken mit entzündetem Kerosin. Das brachte zwar den gewünschten Effekt, stellte aber allein schon durch die riesigen Rauchfahnen eine Umweltbelastung dar. Mit einer computergesteuerten, gasbetriebenen Flächenbrand-Simulationsanlage wird der Rauchausstoß nun auf ein Minimum reduziert. Dank großer Zisternen kann zudem das Löschwasser aufgefangen und wiederverwendet werden.

### Brandschutz

Realitätsnahe Übungen für den Flugzeugbrandschutz sind international gefordert und vorgeschrieben. Das Verwenden von Kerosin bringt dabei aber eine Vielzahl von Nachteilen mit sich: Allein die Vor- und Nachbereitung der Brandwanne dauert oft Stunden, und die Kosten für die Entsorgung stiegen in den letzten Jahren beachtlich.

### Neue Simulationsanlage

Die Umweltbelastungen durch Emissionen und Verunreinigungen des Erdreichs veranlassten den Airport Nürnberg schließlich, die neue Simulationsanlage durch den Marktführer Sympton GmbH einrichten zu lassen, die weltweit bereits 400 Feuerlöschungsanlagen installiert hat. „Mit dieser Anlage können wir unserer Verpflichtung nachkommen, unser Personal unter optimalen Bedingungen zu trainieren, ohne die Umwelt zu belasten“, zeigt sich Flughafen-Geschäftsführer Karl-Heinz Krüger zufrieden.

Die 120 Quadratmeter umfas-

sende Simulationsanlage besteht aus einem Schotterbett, unter dem zunächst 12 und später auf 24 aufzustockende Metallrahmenfelder verborgen sind. Diese Felder sind perforiert und lassen unter Hochdruck (12 bar) flüssiges Propangas austreten. Jedes dieser mit Sensoren und Wärmefühlern ausgestatteten Felder lässt sich vom Steuerungscomputer aus einzeln regulieren und kann bis zu 20 Meter hohe Flammen erzeugen.

### Umrüstung möglich

Auch für den professionellen Winterdienst ist das BOKIMOBIL bestens gerüstet. Dort kommen Schneefräse und -pflug sowie Walzenstreuer mit zuschaltbarem Streuteller zum Einsatz. Speziell der Gehweg- und Radwegbereich ist ein Einsatzgebiet, den viele andere Fahrzeuge nicht abdecken können. Das BOKIMOBIL 1151 mit einer Breite von nur 1,40 m ist aber ideal dafür.

Sämtliche Geräte können im Ein-Mann-Betrieb bedient und umgerüstet werden. Dies macht das BOKIMOBIL 1151 zu einem der vielseitigsten und auch zu einem der wirtschaftlichsten Fahrzeuge im Schmalspurbereich.

### 35. FREIZEIT - Garten + Touristik in Nürnberg:

## Eldorado rund um Freizeithemen

Vom 28. Februar bis 7. März 2004 öffnet die FREIZEIT - Garten + Touristik in der Messe Nürnberg zum 35. Mal ihre Pforten. Die Veranstaltung gehört zu den größten und besuchterstärksten Messen ihrer Art in der Bundesrepublik und wird den Besuchern wieder viele Anregungen für die schönste Zeit des Jahres liefern und einen Überblick über die Neuheiten der freizeitorientierten Branchen verschaffen.

Mit der weltweit einzigartigen Schau „Tutenchamon - die Schätze der Pharaonen“ setzt die Nürnberger Freizeitmesse im Jahr 2004 ein neues Glanzlicht. Im Mittelpunkt dieser spektakulären Präsentation stehen rund 300 detailgetreue Nachbildungen der sagenhaften Schätze aus der Grabkammer Tutenchamons. Sie ermöglichen einen Einblick in die geheimnisvolle Geschichte Ägyptens, in die pharaonische Kunst, den Glauben und die Hochkultur der alten Ägypter.

Einer der größten Angebotsbereiche der Messe widmet sich den Themen Camping und Caravanning. In Halle 7A stellen Hersteller und ihre regionalen Handelspartner die neuesten Reisemobile, Caravans und Motorcaravans sowie Zelte und Campingbedarf vor. Verbände und Organisationen wie der ADAC, der Deutsche Campingclub oder die „Kirche unterwegs“ bieten darüber hinaus vielfältige Informationen rund um die mobile Freizeit.

### Internationaler Reisemarkt

Ganz vorne in der Besucher-gunst rangiert jedes Jahr der „Internationale Reisemarkt“, der diesmal in Halle 6 ein breites Spektrum an Urlaubsangeboten bereithält, von der Naherholung über Urlaub in deutschen Feriengebieten bis hin zum Urlaub in europäischen Ländern und Fernreisen. Reiseveranstalter, Urlaubsregionen und Reisebüros haben für nahezu jeden Anspruch das passende Angebot. Ob man sich nun bei einem Wellnessurlaub von Kopf bis Fuß verwöhnen lassen möchte, einen Erlebnis- oder Abenteuerurlaub bevorzugt, am liebsten erholsame Tage am Meer verbringt oder seine Ferien mit sportlichen Aktivitäten verbinden möchte - das riesige Angebot des Internationalen Reisemarktes lässt keine Wünsche offen.

### Partnerland Türkei

Die Türkei wird sich diesmal als offizielles Partnerland vorstellen und in Zusammenarbeit mit dem Türkischen Generalkonsulat unter dem Titel „Merhaba Türkei - Willkommen bei Freunden“ in eine stimmungsvolle Erlebniswelt einladen. Mit dabei sind auch Nürnbergs Partnerstadt Antalya und Schwabachs Partnerstadt Kemer.

Mit dem größten Gartenforum dieser Art in Nordbayern wendet sich die Messe an Hobbygärtner, Blumen- und Pflanzenliebhaber. Im „Grünen Infozentrum“ werden zahlreiche Verbände und Organisationen ihre Informationen und Dienstleistungen sowie eine qualifizierte Beratung zu den unterschiedlichen Bereichen der Gartengestaltung und -pflege anbieten. Ein reichhaltiges fachliches Angebot hält der „Gartenmarkt“ bereit, darüber hinaus gehören schöne Accessoires für eine individuelle Gartengestaltung zum Angebot. In der „GartenWerkstatt“ bieten Profi-Gärtner fachkundigen Rat und man kann sich über Produktneuheiten und neueste Gartentrends informieren. Die kleinen Messebesucher werden im „Spielraum Garten“ spielerisch an das Gartenthema herangeführt.

Wassersportanhänger kommen in Halle 4 auf ihre Kosten, denn hier kann man sich über

die neuesten Motorboote, Segelboote, Schlauchboote, Kajaks, Paddelboote, Zubehör, Wassersport- und Freizeitbekleidung informieren. Dem beliebten Urlaubs- und Freizeitsport Tauchen widmet sich in der Fun & Action Area die Tauchsportschau. Im riesigen Taucherturm können die Besucher beim Schnuppertauchen mitmachen und bei interessanten Vorführungen Wissenswertes rund ums Tauchen erfahren. Dazu gibt es Informationen und Angebote zur Tauchausbildung, zur Tauchausrüstung und zu speziellen Tauchreisen. Ein Schießstand der Sportschützen, Beteiligungen von Modellbaublubs und weitere Aktivitäten runden das Programm ab.

### Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wolfgang Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Wirtschaftliche Attraktivität:

## Freising ist Spitzenreiter

Focus-Money-Test zeigt: Im Süden lebt sich's besser

Keine andere Region wie München und sein Speckgürtel steht in Deutschland wirtschaftlich derart gut da. Dies zeigt der FOCUS-MONEY-Test für die 439 Landkreise und kreisfreien Städte der Bundesrepublik.

Im Süden lebt sich's besser. Vor allem rund um die Großstädte ist die Arbeitslosigkeit am niedrigsten und die Wirtschaftskraft am höchsten. Es wundert nicht, dass diese Regionen Menschen wie Magnete anziehen. Freising ist dabei absoluter Spitzenreiter. Hier ergänzen sich die günstigen Rahmenbedingungen mit unternehmens- und bürgerfreundlichem Engagement. Auf den nächsten Plätzen folgen ebenfalls bayerische Kommunen: der Landkreis Starnberg rangiert auf Platz 2 vor dem Landkreis München, der kreisfreien Stadt Ingolstadt, dem Landkreis Altötting, der Stadt Landshut und dem Landkreis Dingolfing-Landau. Erst dann folgen auf den Rängen 8 und 9 mit den Landkreisen Esslingen und Karlsruhe Kommunen außerhalb Bayerns. Auf Platz 10 ist der Landkreis Ebersberg platziert.

Ob es einem Kreis gut oder

schlecht geht, hängt in erster Linie von Standortfaktoren wie etwa der Nähe zu wirtschaftlichen Zentren und der Qualität der öffentlichen Einrichtungen ab. Die Spitzenreiter profitieren zudem von potenten Arbeitgebern, im Fall Freising ist das der Münchner Flughafen.

### Kriterium Bruttowertschöpfung

Ein Erwerbstätiger im Landkreis München schafft viermal so viel Wert wie sein Kollege im sächsischen Erzgebirgskreis. Entscheidend bei der Bruttowertschöpfung ist eine möglichst lange Investitionshistorie wie in Wolfsburg und Leverkusen. München profitiert zudem von der Branchenvielfalt, die weniger anfällig macht. Der Deutschland-Schnitt liegt bei 45.699 Euro, die besten schaffen 59.769 bis 107.430 Euro.

Ausreichend Arbeitsplätze,

günstige Miet- und Grundstückskosten sowie eine gute Verkehrsanbindung zum Zentrum zeichnen eine attraktive Wohngegend aus. In Deutschland ziehen Großstadtlüchtlinge jedoch häufig nicht mehr ins direkte Umland, sondern wagen den größeren Schritt in die nächstgelegenen kleineren und mittleren Städte.

Diese so genannte Counter-Urbanisierung könnte die gute Platzierung (Rang 5) der niederbayerischen Regierungshauptstadt Landshut in der Zuwanderungsrangliste erklären. Die Drei-Helmen-Stadt liegt rund 80 Kilometer von München entfernt. Würzburg belegte hier gar einen zweiten Platz, Landsberg am Lech wurde 6. und die kreisfreie Stadt Kaufbeuren rangiert auf Rang 9. Attraktiv, so zeigte der Test, sind offensichtlich aber auch Städte mit hohem Kultur- und Erholungswert. So zögen insbesondere Rentner ins beschauliche Kurparadies Baden-Baden, die Region mit dem zweithöchsten Zuzugsgewinn. **DK**



Die Stauden kommen! Landwirte und Direktvermarkter aus den Stauden eröffneten im Augsburg-Stadtteil Pfersee einen Bauernladen. Freude darüber herrscht bei (v. l.) Hans Pfänder, RES-Geschäftsführer Hubert Teichmann, Schwester M. Gratia vom Kloster Oberschönenfeld, Reinhard Gensler, Josef Dietmeier, Werner Pux, Dominikus Wenger, Wilhelm Kempter, Hermine Gattinger und RES-Projektleiter Gottfried Wenger. Bild: Walter Kleber

Augsburg-Pfersee:

## Staudenland-Bauernladen öffnete seine Pforten

Augsburg/Stauden (wkl). Unter Federführung der „Regionalentwicklung Stauden“ (RES), zu der sich 13 Staudengemeinden im Drei-Landkreis-Eck Augsburg-Unterallding-Günzburg zusammengeschlossen haben, eröffnete im Stadtteil Pfersee am 20. Januar der erste Staudenland-Bauernladen. Direktvermarkter und Produzenten ökologisch erzeugter Lebensmittel rücken damit noch näher an ihre Kunden in Augsburg und den umliegenden Strandgemeinden.

Das vielfältige Sortiment hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte, das bisher schon in Hofläden, auf Wochenmärkten oder direkt frisch ab Acker und Garten in den Stauden angeboten wurde, ist nach der Devise der kurzen Wege zwischen Erzeuger und Verbraucher nun auch mitten in der Stadt zu bekommen. Wichtige Hilfestellung bei der Planung und Vorbereitung des Gemeinschaftsprojektes leistete das Landwirtschaftsamt Krumbach, das für die Ladenbetreiber Fördermittel aus dem Landesprogramm „Öko-Regio“ des Freistaates Bayern „angezupft“ hat.

Auf 110 Quadratmetern Verkaufsfläche ist im Stauden-Bauernladen in der Leitershofersstraße 8 eine vielfältig bestückte Palette regionaler Produkte und Spezialitäten im Angebot. Das Ladengeschäft in bester Lage,

gleich gegenüber der Straßenbahnhaltestelle im Zentrum des Stadtteils Pfersee, erfüllt exakt die Voraussetzungen für einen Direktvermarktungs-Standort. Qualität, Kontrolle und Frische werden von den Stauden-Landwirten, die sich in einer Lieferantengemeinschaft organisiert haben, ganz groß geschrieben: Die im Staudenladen angebotenen Lebensmittel müssen strengen Qualitätskriterien genügen. Ein Hauptaugenmerk wird auf artgerechte Tierhaltung, auf eindeutig regionale Herkunft, auf nachvollziehbare (kurze) Wege und auf hormon- und antibiotikafreie Fütterung gelegt.

Der Warenkorb des künftigen Staudenladens ist üppig sortiert: Den Schwerpunkt bilden Fleisch von artgerechter gehaltenem Schwein und Öko-Fleisch vom Rind. Selbstredend, dass auch ein attraktives Würstwarenassortiment,

sowie saisonal Fisch und Lammfleisch im Angebot sind. Einen weiteren Schwerpunkt bildet das umfangreiche Bio-Obst und -Gemüsesortiment. Aber auch Getränke, Milchprodukte, Backwaren und Bio-Eier gibt es zu kaufen.

Darüber hinaus sind im Staudenladen noch viele weitere Spezialitäten aus der Staudenregion zu haben: das schmackhafte Original-Klosterbrot aus der Klosterbäckerei der Abtei Oberschönenfeld, Marmelade, Kräuteresig, Honig und selbstgebrannte Destillate, ja sogar Töpferwaren und Geschenkkörbe. Ein Steh-Imbiss mit bodenständig-leckeren Gerichten von der Heiße-Theke rundet das breitgefächerte Angebot ab.

In einer auf mehrere Wochen angelegten Testphase sollen zunächst die Wünsche und Bedürfnisse der Kunden kennen gelernt werden. In der Startphase sind die Kunden aufgerufen, sich an einem groß angelegten Eröffnungs-Gewinnspiel zu beteiligen. Die Gewinner werden bei der offiziellen Einweihungsfeier Mitte Februar von einem prominenten Gast gezogen. **DK**

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...

„Einmal im Jahr muss ein kleines Dankeschön sein.“ Mein Chef, der Bürgermeister, legte die Stirn in Falten, als er die kritischen Leserbriefe las, die den Sinn des Neujahrsempfangs der Stadt in Frage stellten.

Klar, es sind immer die gleichen bekmesserschen kleinen Stänkerer, die sich an solchen Themen aufhängen und denen es eigentlich gleich ist, ob sie gegen den Euro, die Bundesregierung, die neue Rechtschreibung oder Hundekot auf Gehwegen schreiben; Hauptsache, ihr Gefühl, dass alles schlecht und mistig ist, können sie anderen mitteilen. Hajo Klein hat eine längere Suada abgeliefert, um sich wieder mal als Schattenbürgermeister in Szene zu setzen, Fanny Bacher quatscht auch mit, wenngleich nicht offen, sondern in Partisanenmanier im Wirtshaus.



nem von viel ehrenamtlicher Arbeit gekennzeichneten Leben sind.

Wir dagegen haben wie jedes Jahr in unserer den Charme der achtziger Jahre amenden Stadthalle einen von der Sparkasse gesponserten Häppchenstand gehabt, Bier und Wasser spendierte unsere Brauerei und die Leute kamen so kunterbunt, wie es halt unserer lebendigen Stadtgesellschaft entspricht. Die Notare und Anwälte in gedecktem Tuch, manche Dame hatte etwas zu prononciert Anlehnung an eine Modezeitschrift vom vergangenen Jahr gesucht, der Stadttheatermatpfleger kam in der von ihm rekonstruierten Bürgertracht und unser Archivar mit den ausgebeulten Cordhosen, die mit ihm wahrscheinlich verwachsen sind.

Kurz: Alle, die sich mit der Stadt und den Leuten hier verbunden fühlen, haben sich im Anschluss an die nach innen gerichteten Weihnachtstage eingefunden, um zu demonstrieren, dass man auch in den kommenden zwölf Monaten wieder zusammenstehen will. Und vielen, die bescheiden und ohne viel Aufhebens um sich zu machen, für andere da sind - von der Gemeindegewester der Diakonie über die Leiterin der Nachbarschaftshilfe bis zu den Schulfördervereinen - kann einmal im Jahr Danke gesagt werden.

Und deshalb wollen wir es weiter so halten, dass wir im Städtchen zum Jahresauftakt an das alte Jahr anknüpfen und den Start in das neue Jahr mit einem geselligen Beisammensein begehen. Für die Stellungnahme des Bürgermeisters zu den Leserbriefen habe ich ihm ein Kalenderblatt mit einem Satz von Ernst Hauschka herausgesucht: „Viele Missverständnisse entstehen dadurch, dass ein Dank nicht ausgesprochen, sondern nur empfunden wird.“



## Vom Sinn des Neujahrsempfangs

Dennoch ist es eine legitime Frage, ob so ein städtischer Empfang noch in die Landschaft passt, wenn alles kürzt und streicht und spart. Die Staatsregierung hat ja ihre Empfänge gestrichen, ganz so als wäre 2004 kein Jahr, auf das man sich freuen könnte oder das man feiern sollte. Aber der Vergleich hinkt ebenso wie der zwischen dem Tagesgericht in unserer „Post“ und dem Achtgängenmenü in einem Fressstempel im Chiemgau. So ist es sicherlich ein kluges Zeichen der Bescheidenheit, wenn Staatsakte in den edlen Räumen der Residenz, mit fracktragenden Ministern und Staatssekretären und all den Leuten, die einen immer wieder im Fernsehen und in der Zeitung anlächeln, in einem schwierigen Jahr mit vielen vermeintlichen Zumutungen für alle möglichen Gruppen ausfällt, auch wenn diese Ereignisse für viele der nicht prominenten geladenen Gäste aus ganz Bayern immer wieder unvergessliche Höhepunkte in ei-

Altöttings Landrat Erwin Schneider:

## Klares Bekenntnis zu Landkreis-Krankenhäusern

Ein klares Bekenntnis zum Erhalt der beiden Krankenhäuser Altötting und Burghausen hat Landrat Erwin Schneider beim traditionellen Dreikönigstreffen des CSU-Ortsverbandes Halsbach gegeben.

Landrat Schneider erteilte einem Klinik-Verkauf an private Betreiber eine Absage. Diese privat geführten Kliniken gingen oft den einfachen Weg, kostenintensive Behandlungsfälle aus wirtschaftlichen Gründen mit dem Hinweis der ungenügenden Spezialisierung an andere Häuser zu überweisen. Schneider sprach sich für den Erhalt eines flächendeckenden Netzes öffentlicher Kliniken aus. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, würden die Kliniken im Landkreis umstrukturiert, was nicht selten mit harten Diskussionen verbunden sei.

### Anschlusskonzept

Was die Auflösung der Krankenpflegeschule in Burghausen anbelangt, ließ der Landrat anklagen, dass derzeit bereits über ein Anschlusskonzept für eine Bildungsrichtung in Burghausen gesprochen werde. Er zeigte sich davon überzeugt, „dass wir, ohne die Qualität zu verschlechtern, weitere Einsparungen erzielen können“. Die bisherigen Maßnahmen brächten eine Kostenminderung von zwei Millionen Euro jährlich; dennoch bleibe für 2004 ein zu erwartendes Defizit von vier Millionen Euro.

Die seit 1993 bestehende Budgetierung der Krankenhäuser durch die Krankenkassen habe vom Krankenhaus Altötting neun Jahre lang „geschluckt“ werden können. Mittlerweile sei das nicht mehr

möglich: Für 2004 sei das Budget seitens der Kassen um 500.000 Euro erhöht worden, es lasse sich aber bereits jetzt absehen, dass das Defizit für beide Kliniken um 2,5 Millionen Euro zunehmen werde, verdeutlichte Erwin Schneider.

### Problem Fallpauschalen

Die Abrechnung über diagnosebezogene Fallpauschalen ab diesem Jahr anstelle von Pflegetagen bisher verschärfe die wirtschaftliche Situation für die Kliniken deutlich, bemerkte der Landrat. Aufgrund der dadurch angestrebten kürzeren Verweildauern der Patienten im Krankenhaus sei bundesweit ein Bettenabbau um 200.000 auf 400.000 zu erwarten. Auch in Altötting und Burghausen werde dies bald der Fall sein. Dennoch verwahrte sich Schneider dagegen, dem bundesweiten Trend zur Schließung oder zum Verkauf von Krankenhäusern auch im Landkreis Altötting Folge zu leisten.

Das zweite große Thema des Tages war die seit 1. Januar neu strukturierte Abfallbeseitigung im Landkreis. 700.000 Euro würden durch das neue System jährlich eingespart, so der Landrat. Durch die Einführung des Gelben Sackes und der Papiertonne, beides für den Bürger ohne Mehrkosten, rechne man mit einer Abnahme des Restmüllaufkommens um etwa 1700 Tonnen, was allein eine jährliche Einsparung von 400.000

Euro an Verbrennungskosten bedeute. Das Müllheizkraftwerk bleibe trotzdem voll ausgelastet. Die Entsorgung der Gelben Säcke belaste den Landkreis finanziell nicht, da dies alleinige Angelegenheit des Dualen Systems Deutschland (DSD) sei.

### Wichtige Plattform

Neben der Forderung nach einer besseren Verkehrsanbindung des Landkreises an den Großraum München stand die Gründung einer neuen Euregio Ende Februar im Blickpunkt der Diskussion. Sie soll laut Schneider die oberbayerischen Interessen in Kooperation mit dem benachbarten Österreich bündeln. Wirtschaftliche Angelegenheiten bildeten den Schwerpunkt der neuen Euregio. Diese Organisation werde auch die Plattform für eine engere Zusammenarbeit der Landkreise Altötting und Mühldorf bilden. **DK**

## Elfriede Mack verstorben

Am 25. 12. 2003 verstarb im Alter von 72 Jahren die Zweite Bürgermeisterin der Stadt Memmingen, Frau Elfriede Mack. Bürgermeisterin Elfriede Mack gehörte über 25 Jahre dem Memminger Stadtrat an und war die erste Frau in diesem Amt in der Geschichte der Stadt Memmingen. Sie hat sich bleibende Verdienste um die Stadt Memmingen erworben. **DK**

Im Autozulieferpark Hof-Gattendorf:

## Treffen bayerischer Auslandsrepräsentanten

Die Werbung für den Autozulieferpark PolePosition läuft weltweit. Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie unterhält ein Netz von Auslandsrepräsentanten, die auf allen Kontinenten in allen relevanten Ländern für den Standort Bayern werben. Einmal jährlich werden bei einem viertägigen Arbeitstreffen die Strategien und die Zusammenarbeit abgestimmt. Der Autozulieferpark HochFranken ist einer der Schwerpunkte und nahm beim Treffen zu Beginn des Jahres 2004 großen Raum ein. 16 Auslandsrepräsentanten wurden dieser Tage gezielt mit Informationen vor Ort versorgt. Neben der Landeshauptstadt München sowie Bayreuth und Marktredwitz stand in Oberfranken auch ein Besuch der Stadt Hof für diese Repräsentanten auf dem Programm.

Hier ging es vor allem darum, den Repräsentanten den schnellen Fortschritt im Automobilzulieferpark HochFranken anschaulich darzustellen. Zu dem Treffen, das im Hotel Gut Haidt stattfand, waren auch namhafte Unternehmer der Region eingeladen, um sich ebenfalls einen Sachstandsbericht der Entwicklungen einzuholen.

In seiner Begrüßung hob der

Hofer Oberbürgermeister Dieter Döhla noch einmal die enge konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Bayerischen Staatsregierung, der örtlichen Verwaltung und dem Erstinvestor Altec GmbH hervor. Nach einer 30-minütigen Präsentation des Autozulieferparks PolePosition durch dessen Geschäftsleitung und wesentlichen Informationen über das Automobiltechnikum Hoch-

Franken durch dessen Geschäftsführer Thomas Fischer legte Darius Hoffman, Technischer Leiter von Altec, dar, warum sich die Infun-Gruppe zum Aufbau des weltweit modernsten Aluminium- und Magnesiumdruckgusswerks für den Standort HochFranken entschieden hat.

Hoffmann: „Wir haben es hier nicht mit Behörden im üblichen Sinn zu tun, sondern mit Partnern, die das Gleiche wollen wie wir.“ Nur so sei es möglich gemacht worden, innerhalb von nur drei Monaten das aufwendige Bundesimmissionschutzverfahren und die anderen Voraussetzungen für die Baugenehmigung einer derartigen Industrieanlage zu bewältigen. Auch die Regierung von Oberfranken sei im Bezuschussungs- und Genehmigungsverfahren äußerst kooperativ und hilfreich gewesen.

Bei einem gemeinsamen Abendessen mit der Führungsspitze der Firma Altec, an dem auch der Chef der Infun-Group Pedro Alonso teilnahm, wurde gegenüber dem Oberbürgermeister, dem Landrat und der Geschäftsführung des Zweckverbandes noch einmal zum Ausdruck gebracht, in welcher kurzen Bauzeit dieses Projekt verwirk-

licht wurde. Herr Alonso erklärte, dass er von vielen Fachleuten, als er das Projekt und die angestrebten Zeiten vorstellte, als Fantast bezeichnet worden sei. Die Firmenleitung versicherte, dass sie sich mit dem derzeitigen Baufortschritt voll im Bauzeitenplan finde und somit bei einem weiteren ständigen Baufortgang die Produktionsaufnahme im Mai sichergestellt sei. Namhafte Automobilhersteller wollen sich bereits in Kürze ebenfalls über den Baufortschritt und den Qualitätsstandard des Werkes vor Ort informieren. Die Geschäftsleitung des ersten Investors brachte aber auch zum Ausdruck, dass sie noch weitere Mitarbeiter/-innen, vor allem aus dem Metallfacharbeiterbereich benötigt. Die Bewerbungsadresse kann der Homepage des Zweckverbandes Autozulieferpark PolePosition ([www.autozulieferpark-poleposition.de](http://www.autozulieferpark-poleposition.de)) entnommen werden.

Alle Teilnehmer versicherten, dass sie gemeinsam den Automobilzulieferpark weltweit präsentieren möchten. Pedro Alonso berichtete in diesem Zusammenhang, dass er an der Nachwuchsakademie für Führungskräfte in Barcelona vor kurzem mit seinem Vortrag über die guten Investitionsbedingungen in Hochfranken auf großes Interesse gestoßen sei. An dieser Akademie werden die kommenden Spitzenmanager ausgebildet, die an Entscheidungen maßgeblich beteiligt sind, wenn es um neue und zukunfts-trächtige Investitionen in Europa und weltweit geht.

### Verkäufe

#### Gelegenheit

für Ihre jugendlichen Inlineskater  
oder Skateboarder

gebr. Halfpipe sowie verschiedene Rampen mit unverwütllichem Topdress Kunststoffbelag von priv. ehem. Skatehalle günstig abzugeben. Ideal auch als Außenanlage. Tel. 09971/2103.

### WM-Schuldscheinaktion in Oberstdorf

Oberallgäu/Augsburg (kae). Die WM-Schuldscheinaktion für die Nordische-Ski-Weltmeisterschaft 2005 in Oberstdorf ist in vollem Gange: Dieser Tage hat IHK-Präsidentin Hannelore Leimer Schuldschein Nr. 500 gezeichnet.

Die Aktion sei für den Bürger eine gute Sache, so Leimer. Mit einem WM-Schuldschein könne man die WM direkt unterstützen und so einen persönlichen Beitrag für die Zukunft der Region leisten. Die Präsidentin hob dabei die besondere Bedeutung der Sport-Großveranstaltung für die Wirtschaft der Region hervor. „Wenn man bedenkt, dass von den 23 Millionen Euro, die in Oberstdorf in die Baumaßnahmen zur WM investiert worden sind, 80 % in der Region bleiben, dann ist das gerade in diesen schwierigen Zeiten ein großartiger Imp-

puls für die Wirtschaft am Standort Schwaben - ich kann nur alle Allgäuer und Schwaben ermuntern, auch mitzumachen.“

Ein Schuldschein für die WM hat einen Gegenwert von 1000 Euro bei einer Laufzeit von sechs Jahren und einer Verzinsung in Höhe von 100 Euro. Öffentlich verbürgt, wird die Rückzahlung zum 31. 12. 2009 garantiert. Mit dem Erwerb verbunden sind unter anderem Vorzugsrechte für Eintrittskarten. Die Veranstaltungen sollen eine Wertschöpfung in der Region in Höhe von mindestens 90 Millionen Euro bringen, rechnen Fachleute.

### Vorschau auf GZ 4

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 4, die am 12. Februar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ EDV - die virtuelle Behörde
- ◀ Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- ◀ Abfallwirtschaft • Recycling • Altlastensanierung
- ◀ Umweltschutz
- ◀ Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt der Firma BayWa, München, bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.